

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger-Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7303.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 25. September 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — § 4. — Zum Abbruch des Kampfes im Solnhofener Lithographiesteingebiet. — Vom Leipziger Parteitag. II. — Die Zenträmmer als Führer. — Die deutschen Gewerkschaftskämpfe im Jahre 1908. — Lehren der internationalen Gewerkschaftskonferenz. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Weiße Sklaven in der Ziegelindustrie. — Ein mutiger Richter. — Rundschau. — Für die abgebrannten Kollegen in Neuforg. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die Steinarbeiter und die badischen Landtagswahlen. — Die Hamburger Ausperrung, oder welche Lehren ziehen die Steinarbeiter daraus. — Braucht der 2. Gau einen besoldeten Gauleiter? — Sechste internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen. — Feuilleton: Vom Raftengeist amerikanischer Gewerkschaften.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret find: Mülhausen (Els.): Filial-Betrieb Schachermühle. — Baumholder: Firma Burger. — Naenssen: Firma Wöhler III.

Hiltrup bei Münster (Westf.). Der Streik der Steinbauer ist nach drei Tagen durch Verhandlungen mit der Direktion beendet worden. Die Forderungen der Kollegen wurden bewilligt.

Solnhofen. Die Arbeit in den Lithographiesteinbrüchen ist im Laufe der verfloffenen Woche teilweise wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer konnten den stark verschlechterten Tarif zum größten Teile — leider durchsetzen. Mehrere christliche Funktionäre wurden überhaupt nicht mehr eingestellt. Durch die ungeschickte Taktik der Führer haben die Arbeiter leider eine große Niederlage erlitten. Die christliche Organisation ist um mindestens 200 Mann geschwächt worden.

Igeho. Die Steinmehrer bei der Firma Kolbe stehen im Streik. Zugang ist streng zu meiden.

Baldahstein a. d. Bahn. Der Streik der Marmorhelfer ist zu unseren Gunsten erledigt.

Meißen I. Bei der Firma Hirsch in Scheila sind Differenzen ausgebrochen. Der Preis pro Quadratmeter Pflastersteine wurde um 70 Pfg. herabgesetzt. Die Firma weigert sich nach wie vor, den früheren Preis von 4.20 Mk. pro Quadratmeter Pflastersteine zu zahlen.

Sebitz. Die Firma Lenk hat die Lohnreduktion zurückgenommen.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

Oesterreich: Megg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Trieste, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.

Ungarn: Szolnok, Győr, Temesvár, Csáktobánya, Budapest.

Schweiz: Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur, Herzogenbuchsen, St. Gallen.

Frankreich: Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

§ 4.

Die Steinindustriellen haben gegenüber der neuen Bundesratsverordnung, welche am 1. Juli 1909 in Kraft trat, den ersten Unterminierungsversuch unternommen. Sie glauben nämlich aus dem § 4 herauslesen zu können, daß die Brecher kein Anrecht darauf haben, daß sie Schuttdächer verlangen können. Wahrscheinlich stecken hinter dem Vorstand des Steinmehrerverbandes in erster Linie die — Granitindustriellen, die die Initiative ergriffen, um dem § 4 eine eigenartige Auslegung zu geben. — In der Nr. 37 des „Deutschen Steinbildhauers“ steht nun unter der Rubrik „Verband deutscher Steinmehrgeschäfte“ (Eingetragener Verein) folgendes zu lesen:

Richtigstellung.
In der Nr. 35 des „Steinarbeiter“ findet sich folgende Bekanntmachung:

Für die Steinbrecher trat ab 1. Juli 1909 die wichtige Bestimmung in Kraft, daß sie Schuttdächer verlangen können. Unsere Kollegen haben alles anzubieten, daß der § 4 der Bundesratsverordnung unverzüglich durchgeführt wird. Weigern sich die Steinbruchbesitzer, Schuttdächer für die Brecher zu stellen, so ist die zuständige Gewerbeinspektion sofort zu benachrichtigen, damit Abhilfe geschaffen wird. Der § 4 hat für die Brecher der gesamten Steinindustrie Gültigkeit.

Der § 4 der Bundesratsvorschriften, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmehrbetrieben) vom 20. März 1902, welcher die Bestimmung über die Schuttdächer enthält, lautet:

Für die im Freien arbeitenden Steinhauer müssen zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung entweder Schuttdächer über den Werkstätten oder Arbeitsbuden errichtet werden. Die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten hin, insbesondere nach derjenigen der Hauptwindrichtung geschlossen werden können.

Wie aus dem nachstehenden neuen Wortlaut des § 4 der mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Verordnung hervorgeht, hat derselben keinerlei (!) Änderungen, welche sich auf Steinbrecher beziehen, erfahren. Zum Ueberflus haben wir uns hierüber noch an maßgebender Stelle informiert.

Jetzige Fassung des § 4:

„In Steinbrüchen und Steinhauereien müssen für die im Freien arbeitenden Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Pflastersteintipper (Pflastersteinschläger) zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung entweder Schuttdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitsbuden errichtet werden. Die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten hin, insbesondere nach derjenigen der Hauptwindrichtung, geschlossen werden können.“

Wir heben daher ausdrücklich hervor, daß für die Steinbrecher Schuttdächer nicht vorgehalten werden brauchen.“

Die Unternehmer machen sich mit ihrer Deklaration sehr leicht. Sie sagen, im § 4 steht nichts von den Brechern. Aber wir fragen, was verstehen denn diese Herren eigentlich unter dem Ausdruck „Schrotter“? Der Gesetzgeber hat zweifellos unter der Bezeichnung Schrotter diejenigen Steinarbeiter zusammengefaßt, welche den Stein vom Felsen brechen, spalten oder ritzen. Um aber das Spalten eines Blocks überhaupt vornehmen zu können, muß doch zunächst der Schrotter seines Amtes walten. Er muß den Schrott in das Gestein schlagen, dann erst können die Keile zum „wirklichen“ Brechen eingesetzt werden. — Wir wissen allerdings, daß nicht in jedem Steinbruchgebiet für die Schrottschläger auch dieser Ausdruck gebraucht wird. In der Sandsteinindustrie wird ja vorwiegend von Schrottern gesprochen, nur an einigen Orten wird der Ausdruck Brecher beliebt. — Für die Granitindustrie ist die Bezeichnung unterschiedlich. Im oberen Bayerischen Wald spricht man von Brechern, im unteren dagegen von Ritzen; im Fichtelgebirge wird der richtige Ausdruck Schrotter gebraucht, desgleichen im Odenwald. In der Lausitz, besonders in der Gegend von Häslich-Bischheim, kennt man wiederum nur „Spelker“. Und in den letzteren Orten wird der Schrott in Granit sogar mit der Zweispitze geschlagen. Wenn also die Herren vom Steinmehrerverband austüfteln wollen, daß diejenigen Arbeiter, welche Keillöcher und Keilbüchsen ins Gestein schlagen, in Wirklichkeit keine Schrotter sind, so ist eine solche Auslegung allem Anschein nach bloß geeignet, die Behörden irrezuleiten. Bei schlechtem, lagerigem, laßigem Granitgestein muß man ja ohne weiteres einen tiefen durchgehenden Schrott schlagen, weil sonst der Block recht schlecht oder gar nicht spalten würde. Wir haben kürzlich erst im Saalburger Marmorsteinbruch (im Reußischen) Blöcke gesehen, welche nur mittels des durchgehenden Schrottes gespalten werden konnten. Wenn der „Gang“ des Gesteins schlecht ist, muß der Schrott recht tief sein, sonst werden die Spaltflächen uneben.

Ein Arbeiter nun, der einen Längsschrott aus dem Gestein herausarbeitet, wird ja zweifellos vom Steinmehrerverband als „Schrotter“ bezeichnet! Oder nicht? Wenn nun derselbe Arbeiter zehn Keillöcher zu schlagen hat, ist er nun auf einmal zum „Brecher“ geworden, oder wird ihm seine richtige Bezeichnung als Schrotter noch gelassen werden. Wir sagen, der Mann ist als Schrotter anzuspüren und bei seinen Arbeiten kann er nach § 4 der Bundesratsverordnung ein Schuttdach verlangen. —

Bedauerlich ist es, daß das Reichsamt des Innern bei der Neuauflage der Verordnung keine Vertreter aus dem Arbeiterstande gehört hat. Aber auf das sachverständige Urteil der Arbeiter legt ja das Reichsamt des Innern bekanntlich nicht viel Wert. Es war ohne weiteres klar, wenn nach dem genannten Reichsamt eine Konferenz einberufen worden wäre, daß arbeiterseits der Ausdruck „Schrottläger“ eine Kommentierung erfahren hätte.

Wir sind der ehrlichen Ueberzeugung, daß unter der Bezeichnung „Schrottschläger“ unter allen Umständen die Brecher, Spalter oder Ritzer verstanden werden müssen. —

Wir müssen hierbei betonen, daß der Ausdruck „Steinmeh“ auch nicht überall in den Sprachgebrauch übergegangen ist. Unter Steinmeh versteht man zweifellos einen Arbeiter, der das „zugeschrottene“ Werkstück nach vorgelegter Zeichnung weiter verarbeitet. Ob das Werkstück bloß glatt gehalten ist, oder ob eine reichliche Profilierung daran vorkommt, ist bei unsrer Erörterung nebensächlich. Der Arbeiter, der die Schläge zieht, das Abspielen und Stocken vornimmt, wird sehr richtig als Steinmeh bezeichnet. Das Fichtelgebirge aber kennt trotz seiner hochentwickelten Steinindustrie keine Steinmehrer, sondern nur Steinhauer. Und welche Profilierungsarbeiten werden in Schwarzenbach und Umgebung hergestellt? — In der Lausitz und im großen Striegauer Revier kennt man die Bezeichnung Steinmeh ebenfalls nicht, dort spricht man nur von „Ritzern“. Die Ritzer fertigen natürlich die feinsten Steinmeharbeiten an. — Von einem Marmorsteinmehrer wird man selten sprechen, die Bezeichnung heißt in Süddeutschland und der Schweiz „Marmorist“.

Mit dieser Abschweifung wollen wir bloß zeigen, daß selbst in Deutschland mit seiner umfangreichen Stein-

industrie in Fachkreisen der Ausdruck Steinmeh noch nicht einmal gang und gäbe ist.

Das Sturmlaufen der Steinmehrer gegen den § 4 haben wir ja voraus. Im Leitartikel der Nr. 25 schrieben wir darüber bereits folgendes:

„Besonders den sogenannten „nichtqualifizierten“ Steinarbeitern wurden die bundesrätlichen Bestimmungen streitig gemacht, und der § 4, welcher über die Aufstellung von Schuttdächern handelt, wurde dank einer sozialpolitisch rückständigen Gerichtsauffassung völlig aus der Welt geschafft. Die Steinindustriellen, besonders die Bruchbesitzer, triumphierten, denn die Brecher, Pflastersteinschläger usw. hatten ja kein Anrecht mehr, daß für sie Schuttdächer geschaffen werden müßten. Die Unternehmer hatten Gerichtsurteile in der Tasche, daß nur die Steinhauer das Verlangen nach Schuttdächern stellen könnten. Und den Begriff „Steinhauer“ ließen sie von gefügigen Sachverständigen dahin deklarieren, daß damit nur die Steinmehrer gemeint sein könnten. Zehntausende von Kollegen in der Sandsteinindustrie hatten nun von der Bundesratsverordnung so gut wie gar keinen Vorteil.“

Sicherlich werden sich nun auch jetzt die Unternehmer als „Prozeßhansel“ fühlen, indem sie sich auf das Wort „Schrottschläger“ stützen. Damit sind nur die Sandsteinschrotter gemeint, das geht die Granitindustriellen — sagen wir besser Hartsteinindustriellen — nichts an, werden sie definieren. Aber diesmal kann das Kamel nicht durch das juristische Nadelöhr wandern, denn § 4 befindet sich in der Bundesratsverordnung unter der Rubrik „allgemeine Bestimmungen“, und diese haben für die gesamte Steinarbeiterschaft Gültigkeit.

Die §§ 6, 7 und 8 sind rubriziert unter: „Besondere Bestimmungen für Sandsteinarbeiter.“

Der § 4 ist für uns so wichtig, daß er einer eingehenden Besprechung bedarf. Unter „Schrottschläger“ versteht man die Brecher, Ritzer und Spalter, also diejenigen Arbeiter, welche die Steinblöcke mittels Keilen, Keilmännchen und Federkeile trennen. Die Kollegen, die Werkstücke oder Pflastersteine schroten, fallen ohne weiteres unter § 4. Und das ist jetzt sehr wesentlich, denn auch diese Arbeiter haben ein Anrecht darauf, daß sie vor den Unbilden der Witterung geschützt werden. Die Steinbrüche müssen nun in Zukunft schon etwas „moderner“ betrieben werden, damit die Schuttdächer für die Schrotter aufgestellt werden können. Nun werden ja die Unternehmer die Behörden bestärken, daß sich in den Steinbrüchen keine Schuttdächer aufstellen lassen. Wir werden aber schon Sorge tragen, daß diese „angeblichen“ „allgemeinen“ Bestimmungen gründlich zerstreut werden. Solche Bedenken kommen unternehmerseitig stets dann, wenn sie in sozialpolitischer Beziehung für die Arbeiter etwas „Selbstverständliches“ leisten sollen.

Wir wollen weiter detaillieren: Der § 4 gilt somit für die Schrotter (Brecher), welche in Granit, Syenit, Gabbro, Diorit, Diabas, Serpentin, Porphyr, Trachyt, Anorthit, Lava, Gneis, Quarzite, Tonsteine, Kalkstein, Lithographie, Dolomit, Marmor- und Sandsteinbrüchen beschäftigt sind. Auch die Pflastersteintimmerer können nun Aufstellung von Schuttdächern und Arbeitsbuden verlangen. Wie traurig sah es da bisher in den rheinländischen Brüchen aus. Dort wurden Hunderte von Kollegen in den größeren Betrieben beschäftigt, aber die Unternehmer stellen kein einziges Schuttdach auf. Und die schlesischen Steinbruchmagnaten handelten um kein Jota anders. Welche tieftraurigen Zustände in Striegau, Häslich, Groß-Rosen usw. herrschten, konnten wir erst kürzlich selbst in Augenschein nehmen.“

Es wäre ja unerhört, wenn der Gesetzgeber den Steinmehrer in der Granitindustrie nicht zubilligen wollte, daß sie Schuttdächer verlangen können. Wir haben in diversen Granitbrüchen Deutschlands und Scandinaviens ein Jahrzehnt gearbeitet und täglich beobachten können, wie gefährlich der Beruf eines Schrottschlägers ist. Soll er, wenn er neben der steilen Felswand tätig und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt ist, nicht ein Schuttdach verlangen können? Der Kleinschläger, welcher 3—4 Meter vom Schrotter entfernt arbeitet, hat einen Anspruch auf ein solches. —

Unsre Kollegen, die Schrotter, oder wenn sie auch in gewissen Gegenden als Brecher, Spalter oder Ritzer bezeichnet werden, verlangen auch fernerhin, daß ihnen Schuttdächer gestellt werden. Wenn die Unternehmer an „maßgebender“ Stelle Erkundigungen eingezogen haben, so kann uns das in unserm Vorhaben nicht beeinflussen.

Zum Abbruch des Kampfes im Solnhofener Lithographiesteingebiet.

In unserm Verbands war es von jeher Brauch, daß die verlorenen sowie die gewonnenen Kämpfe im Fachorgan besprochen wurden, um an den Folgen, Begleiterseinerungen und Resultaten zu lernen und um eventuell begangene Fehler nicht mehr zu wiederholen. Es ist nun selbstverständlich, daß nicht bis ins Detail in der Deffentlichkeit die gesammelten Erfahrungen samt und sonders behandelt werden können, schon unsrer Gegner, der Arbeitgeber, wegen.

In der vorigen Nummer des „Steinarbeiters“ wurde den Kollegen bekannt gegeben, daß der Streik in Solnhofen beendet ist und ein Tarifvertrag zwischen dem christlichen Transportarbeiterverband und dem Schutzverband der Lithographiesteinindustriellen abgeschlossen wurde. Dieser Abschluß ist aber kein Sieg der Arbeiter, sondern bedauerlicherweise eine Niederlage. Die Arbeitgeber sind als die Triumphtoren aus diesem Kampfe hervorgegangen. Der vor dem Ablauf des alten Tarifs den Arbeitern vorgelegte, bis zu 50 Prozent reduzierte Vertrag ist in seinen wesentlichen Teilen von den Arbeitern angenommen worden. Mehrere Branchen mußten sich mit der reinen Vorlage einverstanden erklären, bei einigen wurden kleine, unbedeutende Verbesserungen vorgenommen. In moralischer Beziehung wurden einige Schärpen gemildert.

Mit großen und vielen Worten wurde von seiten des christlichen Verbandes der Kampf begonnen. Es war wohl die erste

größere Bewegung, die von ihnen selbständig geführt wurde, und man wollte hierbei die Ueberlegenheit der „christlichen Gewerkschaften“ gegenüber den „Freien“ zeigen. Auch sollte die Strategie ihrer Führer uns eine ungeheure Achtung abnötigen. Datten doch gerade die Führer des christlichen Transportarbeiterverbandes vor Jahren über unsre Niederlage in Strehlen-Ströbel gefrohloht, jetzt war also der Zeitpunkt da, wo sie ihre Ueberlegenheit und ihr Geschick zeigen konnten. Aber o weh, sie haben sich als große Stümper gezeigt.

Im Lithographiesteingebiet zählte genannter Verband 900 Mitglieder, wir kamen nur mit ungefähr 30 Mann in Betracht. Die Unternehmer legten, wie schon gesagt, einen bedeutend verschlechterten Tarif der christlichen Leitung zur Unterzeichnung vor. Diese lehnte die Unterzeichnung ab, die Arbeitgeber entließen darauf wegen angeblichen Arbeitsmangels eine Anzahl Leute, die die Gewerkschaft ergriff Gegenmaßnahmen und zog jüngere Arbeiter aus einem Betriebe heraus. Darauf erfolgte 14 Tage vor Ablauf des Tarifs, am 16. Juni, die Aussperrung der im Transportarbeiterverbande organisierten Arbeiter. Unsre Kollegen arbeiteten zu den alten Bedingungen bis zum 1. Juli weiter. Die Christlichen lehnten es ab, uns bei den Verhandlungen eine Vertretung zuzubilligen. Tremmel meinte, die Industriellen könnten froh sein, daß die Sozialdemokraten bei der Bewegung nicht in Frage kämen. Also unsre Kollegen legten am 1. Juli die Arbeit nieder. Nun wurden unsre Solnhofener Mitglieder als Streikbrecher tituliert. Die gesamte christliche Gewerkschaftspresse Deutschlands, die ganze Zentrumspresseschriebe wochenlang über unsren angeblichen Schurkenstreich. Nun hätte man geglaubt, die Christen hätten kein Recht hierzu, wenn es wirklich Arbeiterverrat wäre, uns diesen Vorwurf zu machen, weil sie doch notorische Streikbrecher sind, und überall dort, wo sie in der Minderheit waren, mit einigen Ausnahmen, Streikbruch verübten. Auch in vielen christlichen Gewerkschafts- und Zentrumsversammlungen mußte der Anlaß herhalten und bildete oft das einzige Gesprächsthema; große Vernichtungs- und Protestresolutionen wurden gegen uns angenommen. Jeder große und kleine Agitator christlicher Couleur hat den Fall sein säuberlich in seiner Aktienmappe aufbewahrt. Eine Zeitlang während des Streiks schien es überhaupt — nachdem unsre Kollegen schon wochenlang mitstreikten — als wenn der Kampf nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen uns geführt würde. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß in den aller nächsten Nummern der „Gewerkschaftsstimme“ der „Arbeiterverrat der Genossen“ wieder neu aufgerollt wird. Grobe Unwahrheiten, die wir längst widerlegt hatten, wie „der Terrorismus der Genossen in Loth“ usw., wurden immer wieder hervorgeholt. Diese Wahrhaftigkeit christlicher Männer ist bezeichnend, aber wir sind daran gewöhnt.

In Nummer 24 der „Gewerkschaftsstimme“ (vom 17. Juni d. J.) wurde gemeldet, daß die Aussperrung perfekt sei. Der Zentralvorstand hatte nichts Eiligeres zu tun, als in derselben Nummer noch auf die Einziehung eines Extrabeitrages hinzuweisen. Damit hatten die Unternehmer bei der Kampfdiktierung schon einen Fingerzeig, daß im „Hilfsarbeiterverband“ die Finanzlage keine rosig sein kann. Das Selbstgefühl der Unternehmer wurde durch dieses Aufdecken der Karten enorm gehäuft.

Der Kampf wurde also am Sonntag, den 12. September, durch geheime Abstimmung, nachdem vorher die Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden hatten, mit übergroßer Mehrheit für beendet erklärt. Die Ursache, warum derselbe so plötzlich abgebrochen wurde, war die erschreckende Anzahl von Streikbrechern, die sich Woche für Woche aus den Reihen der Christlichen fanden.

Am Beginn der Aussperrung blieben reichlich 100 Mann stehen, zum Teil waren es christlich organisierte. Während der Bewegung sind aber dann reichlich 150 Kollegen aus den eignen Reihen der Christen zum Streikbrecher geworden. Rund 300 Personen arbeiteten am Schluß des Kampfes, und so konnte die Produktion notdürftig betrieben werden. Einige Firmen, sogar größere, hatten so viel Arbeiter, worden. Einige Firmen, sogar größere, hatten so viel Arbeiter, worden. Einige Firmen, sogar größere, hatten so viel Arbeiter, worden. Einige Firmen, sogar größere, hatten so viel Arbeiter, worden.

Hannes Wolf als Verräter.
Einen Lumpenstreich gemeinster Art vollzog der ehemalige Abtats des Herrn Oswald. Wolf predigte noch vor 1 1/2 Jahren den Solnhofener Steinarbeitern das christliche Gewerkschafts- evangelium. Er redigierte damals noch die wahrheitsliebende (!) „Gewerkschaftsstimme“. Als wir diesen Burschen in einer Polemik als Verleumder stempelten, steckte er diesen Müffel ruhig ein. Das Redaktionszepter legte er dann nieder, ob freiwillig oder unfreiwillig ist für uns jetzt ohne Belang. Anstatt diesen Gaukler unschädlich zu machen, wurde er als Gaukler nach Hannover geschickt. Heute soll er diesen Posten nicht mehr innehaben. (Vielleicht teilt die „Gewerkschaftsstimme“ jetzt ihren Lesern mit, wo W. sein Domizil hat.) Aber nun zeigte sich der Verräter — Wolf. Er, der ehemals in „christlichen Hilfsarbeiterverband“ die höchste Stufe erklommen hatte, spielte gegenüber den armen Lithographiesteinarbeitern den — Verräter. Wolf sandte vor etlichen Wochen an eine mittelfränkische bürgerliche Zeitung (die nähere Bezeichnung wollen wir unterlassen) einen längeren Artikel, in welchem dargelegt wird, daß der Hilfsarbeiterverband schon vor Beginn des Kampfes ein größeres Darlehen aufgenommen hätte. — Die Finanzverhältnisse jenes Verbandes seien völlig zerrütet — die Beamten verschlingen zu große Summen. Im Artikel schildert er auch Herrn Oswalds Gebaren usw. Wolf verfiderte der Redaktion, nach Abdruck des ersten Artikels noch weitere Details über den „christlichen Hilfsarbeiterverband“ zu schreiben. Hätte die bürgerliche Zeitung den ersten Artikel veröffentlicht, so wäre das ein gesundes Festessen für die Lithographiesteinindustriellen gewesen und die Arbeiter hätten noch eine viel größere Schlappe erlitten. Und dieser Hannes Wolf, der seine Mitkollegen in so schamloser Weise verraten wollte, war der Schildhalter des Zentrumsdeputatus Oswald. Wir hätten schon vor 4 Wochen den Hannes Wolf moralisch skäupen können, wir unterließen es aus taktischen Gründen. — Und wie ist dieser Musterchrist in seiner Stellung als Redakteur gegen die freien Gewerkschaften losgegangen. Er arbeitete mit den erbärmlichsten Mitteln. Er, der sich in seinem Organ bis zum Uebermaß beweihräuchern ließ, muß sich nun selbst als Verräter der Arbeiterklasse entlarven lassen.

Und das, Solnhofener Steinarbeiter, war bis vor 1 1/2 Jahren noch einer Eurer Führer. Den roten Verband wollte er vernichten, wir haben ihn nun endgültig in die „Wolfsgrube“ gestürzt. Vielleicht nimmt sein ehemaliger Kollege im Zentralvorstand, Herr Oswald, nun das Wort.

Eine eigenartige Stellung nahmen die behördlichen Organe den Arbeitern gegenüber ein. Gendarmerie wurde nach dem Gebiete abkommandiert, um die Arbeiter im Schach zu halten. Die Steuerbehörden gingen rücksichtslos gegen die Steuerrestanten vor. Genau wie sozialdemokratische Arbeiter wurden die guten christlichen Arbeiter behandelt. Herr Oswald, eine Stütze von Thron und Altar, behauptet, wir leben im Staate der vollendeten Rechtsgarantien; er hat es aber nun selbst gesehen, wie sehr seine Behauptung ging. Der katholische Pfarrer von Mörnsheim, der eigentliche Vater des christlichen Verbandes im Gebiete, stellte sich erfreulicherweise auf Seiten der Arbeiter, und seinem Einfluß ist es sicher zu danken, daß auf katholischer Seite so wenig Arbeitswillige zu verzeichnen waren. Der evangelische Pfarrer von Langenalthem dagegen bearbeitete die Kollegen im entgegengekehrten Sinne. Zwei Vertreter der christlichen Nächstenliebe gingen also in ihren Handlungen sehr auseinander. Der erstere erklärte mit Pathos in einer Versammlung in Mörnsheim: „Die Arbeitgeber sollten doch bedenken, daß

die Arbeiter christlich organisiert sind.“ Also, um die Arbeiter vor dem Einfluß der Sozialdemokratie zu retten, legte er sich für sie ins Zeug. Nicht die Notlage der Arbeiter bestimmte sein Handeln. Der evangelische Pastor vertrat offen die Interessen der herrschenden Klassen und so sind sich beide, im Innern betrachtet, gleich.

Die Betriebe nahmen mit bedeutend reduzierter Arbeiterschaft die Gesamtproduktion wieder auf, vorerst wird aber nur ein kleiner Teil der Ausgesperrten eingestellt. Reichlich 300 bleiben vorläufig arbeitslos, und es ist sehr fraglich, ob vor dem Frühjahr sich die Zahl vermindern läßt. Die Unternehmer behielten sich vor, die Leute nach Belieben wieder einzustellen, an die christliche Leitung wurde eine Liste der einzustellenden Arbeiter abgesandt. Alle diejenigen, die leitende Stellen im Verbands einnahmen, werden nicht eingestellt. Auch von unsren Mitgliedern werden einige nicht mehr eingestellt. Das Koalitionsrecht ist somit stark in Frage gestellt, trotz der vertraglichen Sicherstellung. Die Arbeitgeber nehmen also fürchterliche Rache. Auffallend bei der ganzen Bewegung war, daß so ungeheuer viel Streikbrecher zu verzeichnen waren. Hier zeigt sich deutlich die mangelnde Erziehung der Arbeiter zu Klassenkämpfern. In den Pressorganen der christlichen Gewerkschaften, besonders der „Gewerkschaftsstimme“, finden wir keine aufklärenden, über die ökonomischen Zusammenhänge des Wirtschaftsliebens behandelnden Artikel. „Sozialdemokratischer Volksbetrug und Arbeiterverrat“, „Ein rotgelber Sieg“, „Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverbande zugeht“, „Wie die Sozialdemokraten beweisen, daß Religion Privatsache ist“ usw. Das ist der geistige Inhalt der letzten Nummern der „Gewerkschaftsstimme“. Es ist somit kein Wunder, wenn dann im Ernstfalle die Arbeiter versagen. Das eine können wir betonen, bei allen unsren Bewegungen, die wir mit gleich kurz organisierten Kollegen führten, sind uns nicht entfernt soviel Leute davongelaufen, als den Christlichen hier. Die Arbeiter in den freien Gewerkschaften werden zu denkenden, selbständigen Menschen erzogen. Wir sagen ihnen klar, daß wir in einem Klassenstaat leben und alle dessen Organe die Arbeiter bekämpfen und uns nur selbst befreien können. In Striegau streikten wir heuer 13 Wochen, 1000 Mann waren daran beteiligt, und wieviel hatten wir Streikbrecher? Sage und schreibe neun. Wir wissen, daß unter den heutigen kapitalistischen Verhältnissen der Arbeiter nicht im entferntesten zu seinem Rechte kommen kann. Die Zentrumsmitglieder, wie Oswald usw., behaupten das Gegenteil. Daß diese Ansicht falsch ist, wissen diese Leute oder müßten es begreifen. Hoffentlich haben aber die Lithographiesteinarbeiter aus diesem Kampfe etwas gelernt und ziehen ihre Nutzenanwendung daraus. Doppelt empfindlich muß eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse wirken in einer Zeit, wo neue indirekte Steuern von dem blauschwarzen Bloß — den Konserativen und dem Zentrum — der erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands anschafft wurden. Die politischen Freunde des Herrn Oswald und Tremmel haben diesen Steuern zugestimmt.

Die christlichen Führer werden beim Solnhofener Kampfe nun eingeschoben, wie die Unternehmer die Nächstenliebe auslegen. Ob Hunderte von Kollegen auf der Strecke bleiben, ist den christlichen Unternehmern herzlich gleichgültig, sie machen sich über ihre unchristliche Handlungsweise keine Gewissensbisse. Die Hauptsache ist nur, wenn ihre Geldsäcke wieder gefüllt werden, und zu dem wird es ja kommen, denn die ungeheuren Reduktionen sind ihnen ja geglikt. Hervorgehoben sei, daß sich unsre Mitglieder während des Kampfes von den Schmähungen der christlichen Führer nicht im geringsten einschüchtern ließen. Insbesondere wollten diese Herren uns in n Kollegen H. G. D. e. h. m. zur Strecke bringen, aber dazu reichte die elende Verdächtigungsmaschine eines Oswald nicht aus. Dieser Oswald wollte unsern Freund Boehm moralisch abschlagen. Aber die Wahrheit siegte, und die schwarzen Lügen und Verleumdungen zerrten wir ganz nett ans Tageslicht.

Die christliche Hilfsorganisation hat im Solnhofener Gebiet eine derbe Schlappe erlitten. Außenwärts sind Mitgliederverluste eingetreten, die Lohnreduktion konnte nicht abgewehrt werden, und die ganze Kampfesführung lag in Händen von Nichtsakulanten. Dann wollte auch Hannes Wolf seinen eignen Freunden den Todesstoß noch versetzen; fürwahr, der Kampf hat eigentümliche Resultate gezeitigt.

Unsren Freunden im Solnhofener Gebiet aber rufen wir zu: Halte die Fahne des Zentralverbandes der deutschen Steinarbeiter hoch.

Vom Leipziger Parteitag.

Am Mittwoch ließ die Spannung etwas nach. Die wichtigsten Ausführungen zum parlamentarischen Bericht wurden ja schon Dienstag gemacht. (Siehe letzte Nummer des Steinarbeiter.) Genosse Bebel nahm am Mittwoch das Wort und führte aus, daß nach seiner Meinung die Fraktion auch in der dritten Lesung die Erbschaftsteuer hätte annehmen müssen. Diese Stellungnahme stellte die Genossen Hoch, Emmel und Stadthagen entschieden bloß. Und wir meinen, die Debatte hätte nicht entstehen können, wenn die drei nicht Fraktionsinterna breitgetreten hätten. Es kam zu keiner 3. Lesung im Reichstag und deshalb war eine solche Auseinandersetzung nicht gerade nötig. Ob zum Beispiel der Bierschwäger Erzberger nach seinem Tode, den wir ihm natürlich noch nicht wünschen, als Seliger oder als Heiliger angesprochen wird, ist gleichgültig; ob er in den 3. oder 9. Himmel kommt, ist für uns ohne Belang. Womit wir sagen wollen, daß eigentlich die Frage, wie sich die Genossen zur 3. Lesung gestellt hätten, eigentlich mehr theoretischer Natur war. Genosse Ledebour hätte allerdings in seinem Schlußwort etwas mähiger auftreten sollen.

Sitzung vom Donnerstag: Genosse Ebert-Berlin referierte über den neuen Organisationsentwurf. Die Partei nimmt sich auch hier die straffe Zentralisation der Gewerkschaften zum Muster. Die Anstellung der Sekretäre in den letzten Jahren hat ja gezeigt, wie unausgebildet in einigen Landesstellen die politische Parteiorganisation war. Der vorgelegte Entwurf wurde ja eingehend bekräftelt. Gewiß, mit Recht. Aber die Kommission, in der die tüchtigsten Organisatoren saßen, war der Meinung, daß ein Idealentwurf nicht auf einmal geschaffen werden könne. Das ist sehr richtig. Weitere Verbesserungen am Organisationsstatut können ja der Zukunft vorbehalten bleiben. Beiläufig sei bemerkt, daß der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Calwer am 20. September — offiziell aus der Partei austrat. Er gab an, daß neue Organisationsstatut beeinträchtigte die — Meinungsfreiheit (!). Das ist eine ganz unhaltbare Behauptung. Calwer hat im Jahre 1899 mit sehr großem Fleiß und Geschick die Denkschrift, welche einen größeren Schutz der Steinarbeiter forderte, an den Reichstag und Bundesrat zusammengestellt.

Die Maifeierfrage wurde recht sachlich behandelt. Der Parteivorstand und die Generalkommission stellten mehrere Vorschläge auf, in welchen dargelegt wird, wie in Zukunft die Mittel für die Maifeierausgesperrten aufgebracht werden sollen. (Die Vorschläge veröffentlichten wir noch.) Recht eindrucksvoll sprach der Abgeordnete Bömelburg zu diesem Punkte. Mit Recht meint er, daß über die Maifeier selbst schon zuviel geredet wurde. Er betont, daß die Parteivorstandsresolution angenommen werden möchte. Die Redaktion möchte insbesondere bemerken, daß die Genossen Ruzemburg über die Maifeier selbst dem Parteitag in einer größeren Arbeiterzeitung ein ziemliches „Blendwerk“ vorgelegt hat. Die groß die praktischen Schwierigkeiten einer strengen Durchführung der Maifeier sind, das wissen unsere Zahlstellenvorstände zur Genüge. Der „Grundstein“ hat in seiner No. 37 ein Enquete aus etwa 100 Zahlstellen des Maurerverbandes veröffentlicht, und da geht hervor, daß es den Maurern schon unangehener schwierig ist, für eine starke Be-

teiligung an der Maifeier aus ihren Kreisen Sorge tragen zu können. — Den Maurern muß nachgesagt werden, daß sie bisher unermüdlich für den Maifeiertag gewirkt haben.

Reus-Deffau und Löbe-Breslau traten dafür ein, die Maifeier abends zu arrangieren; das müßten Massenversammlungen werden. Löbe meinte, unter diesen Umständen wäre es für die Referenten eine helle Lust zu referieren. Die Anträge für eine Abendfeier wurden allerdings abgelehnt. Ueber die Maifeierfrage selbst entscheiden ja nur die internationalen Sozialistenkongresse. Aber schon die Tatsache, daß für eine solche Umformung der genannten Feier in so eindringlicher Weise geredet werden konnte, ist ein Beweis dafür, daß eine solche schließlich doch noch erfolgt.

Freitagssitzung. Die wichtigste Materie, die neue Reichsversicherungsordnung, wurde an diesem Tage von äußerst tüchtigen Referenten behandelt. In drei je 1 1/2 stündigen Referaten kritisierten die drei Referenten die Grundlagen der neuen Reichsversicherungsordnung und die einzelnen zum Schaden der Arbeiter oft recht hinterlistigen Bestimmungen. Es ist unmöglich, in dem Rahmen dieses Artikels die Fülle der Gesichtspunkte auch nur andeutungsweise wiederzugeben, die von G. Bauer, Robert Schmidt und Kuise entwickelt wurden. Nur zwei prinzipielle Fragen seien hervorgehoben.

Soll die ganze Arbeiterversicherung einen Wert haben, so muß sie von den Arbeitern selbst in der größten Freiheit verwaltet werden. Nur da, wo die Arbeiter selbst die Versicherung in ihren Händen haben, dient sie nicht dazu, ihnen die politische Entrechtung in Deutschland zu versüßen, nicht dazu, die Armenlasten der Gemeinde zu vermindern, sondern ernsthaft der Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse. Wenn die Bureokratie die Verwaltung in Händen hat, muß sie naturgemäß so kostspielig werden, daß die Arbeiter, die Beiträge zahlen müssen, bei der Versicherung eher verlieren als gewinnen. Nur die Krankenkassen, in denen die Arbeiter die Verwaltung führen, haben den sozialen Aufgaben der Zeit einigermaßen genügt. Darum ist die Selbstverwaltung das Grundproblem der ganzen sozialen Versicherungsgebung. Ohne sie wäre die Durchführung der sozialen Gesetze schon heute ganz unmöglich. Je weiter die Versicherungsgebung greift, um so unentbehrlicher und wirksamer wird die eigene Tätigkeit aufgefklärter und unterrichteter Proletarier in ihr werden. Die Arbeiterversicherung wird selbstverwaltet sein oder sie wird nicht sein.

Kein Vorwurf ist im Bunde unsern Gegnern so häufig zu hören wie der, daß die Sozialdemokratie eigentlich der Arbeiterversicherungs- und -schutzgesetzgebung feindlich sei und von der fortschreitenden Verelendung der Masse ihr Heil erwarte. Die Abstimmung der Fraktion gegen die ersten Arbeiterversicherungs-gesetze unter dem Sozialistengesetz muß dazu herhalten, und daß das Zentrum und die Freisinnigen damals auch mit Nein gestimmt haben, daß Nationalliberale und Konervative nur deshalb zugestimmt haben, weil sie Bismarcks politische Pläne gegen die Arbeiter dadurch zu fördern hofften, wird verschwiegen. Es soll hier nicht noch einmal nachgewiesen werden, daß die Sozialdemokratie die einzige ehrliche Freundin eines wirklichen und wirksamen Arbeiterschutzes ist. Es soll nur hervorgehoben werden, daß alle drei Referenten mit aller Entschiedenheit hervorhoben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur herbeigeführt werden kann von einer kulturell hochgehenden, sozial gehobenen Arbeiterklasse. Einstimmig trat der Parteitag dieser Auffassung bei, die zugleich das Vertrauen ausdrückt, daß es unsrer Aufklärungs- und Kampfesarbeit gelingen wird, die Lage der Arbeiter in der Tat zu verbessern. Das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse schon heute Fortschritte erzielen kann, wenn sie sich mit der nötigen Energie für eine Aufgabe einsetzt, muß unsern Kampfesmut aufs Höchste steigern. Nicht daß die Frage der Reichsversicherungsordnung auf dem Parteitage ausgiebig und gründlich verhandelt worden ist, sondern daß er den Genossen im Lande den Auftrag gegeben hat, mit aller Kraft dafür zu arbeiten, daß aus dem niedrigen reaktionären Nachwerk des Reichsamtes des Innern durch den Druck der Massen ein wirklicher Fortschritt für die Arbeiterschaft herausgeholt werde, gibt dieser Verhandlung die Bedeutung. Im Laufe des nächsten Winters muß es unsre Aufgabe sein, alle Arbeiter viel gründlicher als bisher über die Streitfragen der Versicherungsgebung zu unterrichten, und je mehr Arbeiter erfahren und begreifen, was auf dem Spiele steht, um so größer werden die Erfolge sein, die die Fraktion im Reichstage erzielen kann. Es gilt zu arbeiten für die Kranken und Schwachen, die Alten und Verwundeten, die Witwen und Waisen.

Sitzung vom Sonnabend. Die Leipziger Genossen hatten auch an diesem Tage die Tribünen völlig besetzt. — Die Beschwärdenkommission gab ihren Bericht. Der Parteitag stimmte in allen Punkten den Entscheidungen dieser Kommission zu. Nun wurden die Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission vorgenommen. Gewählt wurden zu Vorsitzenden Bebel und Singer; zum Kassierer Gerisch; zu Schriftführern Wolfenbühler, Ebert, Müller und Pannfuch. Zur Beisitzerin wurde gewählt Genossin Zieg. Zu Beisitzern des Parteivorstandes hat die Kontrollkommission gewählt Wenge-Berlin und Liebmann-Berlin. Zu Kontrolleuren sind gewählt Raben, Bod, Brühne, Ernst, Könen, Klara Zeikin, Geß, Braun und Zimm.

Dann hielt Genosse Singer eine recht eindrucksvolle Schlußrede und der Parteitag wurde für beendet erklärt. Ueber das Gesamtergebnis der Tagung möchten wir kurz referieren. Die Verhandlungen standen unter dem Eindruck der größten Sachlichkeit. Die Partei verfügt über äußerst geschulte Organisations- und Agitationskräfte; die meisten haben von der Pflanzung abgedient, und das sind mit die tüchtigsten und zuverlässigsten Führer. Die Organisationen wachsen und die theoretische Erkenntnis über das Wesen des Sozialismus bringt immer in weitere Kreise. Der Aufrüttelung der Massen wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Unsre Partei nimmt sich der Jugend mit größter Sorge an. Heute schon können unsre Jugendorganisationen musterhaft genannt werden. Ohne Ueberhebung sei gesagt, daß gerade die Leipziger Genossen für die Jugendorganisationen beispielhaft geleistet haben. — Die Hofgängerer kam auf dem Parteitage mit wenigen Worten zur Sprache. Vier der Beteiligten reichten eine entschuldigende Erklärung ein; der Parteitag nahm davon Kenntnis. Wer blamiert ist, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Die bürgerliche Presse kündigte schon längst an, in der Pleißenstadt käme es zum großen Krawall. Aber die Verhandlungen waren mit kleinen Ausnahmen recht friedlicher Natur. Nicht vergessen möchten wir, daß auch die Steinarbeiter der Resolution, welche zum Schnapsboykott auffordert, die weitmöglichste Beachtung schenken möchten. In allen Steinbrüchen und Werkstätten müssen unsre Kollegen dem schädlichen Fusel den Krieg erklären. Wir heben dadurch unser moralisches Ansehen als Arbeiter und der Regierung geben wir dabei auch noch einen ordentlichen Denksatz.

Wir sind mit dem Resultat der Leipziger Tagung zufrieden.

Die Zentrümmer als Lügner.

Die Zentrums- und christliche Gewerkschaftspresse befindet sich jetzt in einer sehr unangenehmen Lage. Die Finanzreform hat auch die katholischen Arbeiter rebellisch gemacht. Jetzt heißt es Beschäftigungspulver her. Nun hat die „Gewerkschaftsstimme“, die sich mehr und mehr als Ableger der Zentrums-presse entpuppt, in ihrer letzten Nummer einen Artikel gebracht unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratischer Volksbetrug“. Die schwarzen Journalisten (der Artikel ist Kollektivarbeit der Münchener-Gladbacher „Gelehrten“) wollen nachweisen, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen einen großen Teil der sozialen Gesetze gestimmt habe.

Verfälschung wird natürlich, was die sozialdemokratische Fraktion zur Ablehnung einzelner Gesetze veranlaßt hat, und kein Wort sagt das wahrheitsliebende Organ über die standhafte Haltung des Zentrums allen sozialpolitischen Anträgen der sozialdemokratischen Partei gegenüber. Dem verräterischen Zentrum sind zahlreiche schwere Mängel der sogenannten Sozialgesetze zu danken.

Das Zentrum stimmte bei dem Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsgesetz auch solche Anträge nieder, die noch heute als sogenannte sozialpolitische Ziele der christlichen Gewerkschaften gelten! Das Zentrum stimmte nieder beim Krankenversicherungsgegesetz:

1. daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde;
2. daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld bezahlt werde;
3. daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde;
4. daß das Krankengeld die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes und für Berufsarbeiter mindestens 2 Mark betrage;
5. daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

Es lehnte bei der Unfallversicherung ab:

1. daß alle Arbeiter versichert werden;
2. daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten;
3. daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;
4. daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde;
5. daß Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung lehnte es ab:

1. daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeitler, die kleinen Handwerker und Kleinbauern versichert werden;
2. daß vom 60. Lebensjahre ab Altersrente gezahlt werde;
3. daß das Reich einen Zuschuß von 90 Mark zu jeder Rente zahlt;
4. daß die Beiträge für die Versicherten mit weniger als 550 Mark Einkommen jährlich aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden;
5. daß die Klasseneinteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt;
6. daß die Versicherten Invalidenrente erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;
7. daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt werde;
8. daß die Invalidenrente mindestens 30 Prozent des früheren Einkommens betragen solle;
9. daß Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen sind;
10. daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen werde.

Diese Taktik des Ablehnens wurde vom Zentrum und von den heutigen Blockparteien auch noch dann befolgt, als schon an den Rechnungsergebnissen der finanzielle Erfolg von Verbesserungen genau nachgewiesen werden konnte.

Nach 1892 und 1903 stimmten diese Parteien gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Arbeiter, 1892 dagegen, daß für die ersten drei Tage Krankengeld und bei langandauernder Krankheit für ein volles Jahr, also bis zu dem Termin, wenn der Kranke Anspruch auf Invalidenrente erlangt, Krankengeld gezahlt werde. Sie stimmten 1899 dagegen, daß die Arbeitervertreter und die von den Versicherten zu wählenden Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiter- und Arbeitgeber auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählt werden.

Obwohl sehr viele Anträge schon deshalb abgelehnt wurden, weil sie von Sozialdemokraten gestellt sind, hat doch keine Partei nur annähernd so viel Verbesserungen der Versicherungsgesetze geschaffen wie die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten stellten diese Forderungen, die gewiß nur sozial gerecht waren; als man sie dennoch mit Hilfe des Zentrums ablehnte, stimmten die Sozialdemokraten gegen diese Gesetze, um besseren Gesetzen die Bahn zu ebnen! Und zum Schluß sei daran erinnert, was einstens Bismarck sprach: Ohne Sozialdemokraten im Reichstage hätten wir keine Sozialgesetze. Im gleichen Sinne äußerten sich im bayrischen Landtage sogar Zentrumsabgeordnete!

Dr. Sigl sagte: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. Und Dr. Sigl war ein ehrenwerter Mann und Ratholtz dazu.

Die deutschen Gewerkschaftskämpfe im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit bezeugen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückzuweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck, als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 geführt gegenüber 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 758 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Proz. der Bewegungen für 449 434 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen wurden 88,9 Prozent durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 Proz. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 Proz. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt. Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 126 883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgend welchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Proz. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 Proz.; durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 Proz. der Bewegungen erledigt, 1907 38,2 Proz.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 gleich 51,8 Proz., teilweise erfolgreich: 1425 gleich 24,4 Proz., erfolglos 1183 gleich 20,33 Proz.

129 Bewegungen waren am Jahresluß nicht beendet, und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191 428 Personen gleich 33,2 Proz., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 562 Personen gleich 37,8 Proz. und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen gleich 25,3 Proz.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4 024 325 Mk. An den Bewegungen partizipierten 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hoteldiener, Notenfischer und Zivilmuffler.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wur-

den veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 Proz., und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Proz. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 Proz. gestiegen, und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 Proz. erfolgreich, in 30,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 Proz. erfolgreich, 9,5 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenden Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigsten wirtschaftlichen Konjunktur außerordentlich groß sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 Proz., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 883 gar um 54,8 Proz. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betragen denn auch nur 4 477 039 Mk. gegenüber 12 364 082 Mk. im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 Proz. fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffsstreiks: 33,1 Proz. (1907 58,6 Proz.), Abwehrstreiks 54,4 Proz. (29,9 Proz.), Aussperrungen 12,5 Proz. (11,5 Proz.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29 669 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 195 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34 648 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrie weisen 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 530 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 091 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bzw. 5803 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Millionen Mark.

Die Angriffsstreiks haben mit 678 gegenüber 1635 im Jahre 1907 einen Rückgang von 58,5 Proz. erfahren. Erfolgreich endeten 46 Proz., teilweise erfolgreich 25,8 Proz. und erfolglos waren 28,5 Proz. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten neun Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 834 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 Proz. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,3 Proz. Erfolgreich endeten 47 Proz., teilweise erfolgreich 12 Proz., erfolglos 36,7 Proz. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffsstreiks Gesagte. 573 Streiks mit 16 980 Beteiligten mußten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 Proz. erfolgreich und zu 10,5 Proz. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! In 18 Fällen = 48,9 Proz. war es leider nur möglich, solche, allen Berufstätigen hochsprechenden, Maßnahmen zurückzuweisen. In vier Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten geführt gegenüber 323 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 21 Proz. mit 4928 Beteiligten = 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aussperrungen = 32,7 Proz. mit 9241 Beteiligten = 48,3 Proz. teilweise erfolgreich. Bei den anderen Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverlängerung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnreduktionen für 230 641 Personen im Gesamtbetrage von 365 923 Mk. pro Woche. Außerdem wurden noch für 175 687 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 282 958 Personen abgeschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderten Zahlen noch die tatkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichen Anschläge des Unternehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Phalanx würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge blicken können.

Lehren der internationalen Gewerkschaftssekretär-Konferenz.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter Wiens, die dem Generalkongress in Schweden gewidmet war, sprach als Hauptredner der Genosse Hueber, der Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission. Er forderte zu schleuniger Vornahme von Sammlungen für die schwedischen Kämpfer auf und führte dann unter anderem aus:

„So notwendig diese Sammlungen, erhöhte Leistungen für die schwedischen Arbeiter sind, so wenig haben wir uns vor den andern Ländern zu schämen. Das reiche England hat 40 Pfund Sterling den schwedischen Arbeitern gewidmet, kaum mehr als 2000 bis 3000 Franc kamen aus Frankreich; nach Deutschland, Norwegen und Schweden kommen gleich die Desterreicher. Die Franzosen, die jeden Augenblick das Wort Generalkongress in den Mund nehmen, haben für die Schweden, die wirklich einmal Ernst mit dem Generalkongress machten, nur gute Ratschläge, aber kein Geld. Ich war jetzt in Paris bei der Konferenz der Gewerkschaftssekretäre, aber ich bin froh, rasch wieder von dort weggekommen zu sein. Die französische Arbeiterbewegung hat mir gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn die Parlamentarier immer mehr nach rechts rücken, sie haben dann bald die Arbeiter links gelassen. Wir dürfen den Zusammenhang nicht verlieren. Wir müssen auch da von Schweden lernen. Die feste Einheit der Arbeiterbewegung muß uns wert bleiben, wir müssen uns klar sein, daß der Stimmgabel nicht das letzte Wort sprechen wird. Gewerkschaftlich lehrt uns Schweden die Notwendigkeit

weitestgehender Zentralisation der Gewerkschaften. Die Schweden sind da schon weiter als die Arbeiter aller Nationen, viel weiter als die österreichischen Arbeiter, und doch wollen sie die Zentralisation noch steigern auf ihrem nächsten Gewerkschaftskongress. Die Schweden haben im Gegensatz zu den Franzosen bewiesen, daß der Enthusiasmus allein nicht ausreicht, daß die tägliche Gewerkschaftsarbeit die Voraussetzung der großen imponierenden Leistung ist.

Man solle sich nicht einbilden, daß die Unternehmer in dem Sinne aus dem schwedischen Generalkongress lernen werden, daß sie ähnliche Kämpfe vermeiden werden. Die Unternehmer lassen uns im Gegenteil mit immer größeren Kämpfen rechnen. Das sollten wir uns fest einprägen, das sollte uns veranlassen, uns auf alle Eventualitäten vorzubereiten, einigend, befestigend, das Klassenbewußtsein stärkend zu wirken.“

Genosse Hueber hat mit seinen Auslassungen nicht so unrecht. Die Franzosen denken mit großer Begeisterung und leeren Kassen den Unternehmern imponieren zu können. Die Italiener, Belgier und Holländer waren lange Jahre von der gut wirkenden Taktik der Franzosen so überzeugt, daß sie viel es nachahmten. Insbesondere die niedrigen Beiträge waren für sie bestechend.

Auffallend ist, daß die reichen englischen Gewerkschaften beim schwedischen Generalkongress so lange Zeit brauchten, um sich an das internationale Solidaritätsgefühl zu erinnern.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf verschiedene Anfragen zur Mitteilung, daß mit den Quartalsabrechnungsformularen Fragebogen zur Erwerbslosen-zählung nicht mehr versandt wurden.

Ferner fehlt bei einigen Abrechnungsformularen die Beilage B: Verzeichnis der im laufenden Quartal eingetretenen oder zugereichten Mitglieder. Da es bis zur Fertigstellung der Neuauflage zu lange dauern dürfte, ersuchen wir die betreffenden Zahlfstellen, die in die Beilage B gehörenden Kollegen in einer provisorischen Liste oder, soweit Raum vorhanden ist, in der Hauptliste von den anderen getrennt aufzuführen.

Die Kollegen, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihre Bücher an den Zentralvorstand einzusenden. Die Bücher müssen bis zum Tage des Dienstes mit Marken quittiert sein.

Korrespondenzen.

Fechenbach. Am Sonntag, den 12. September, fand hier im bayrischen Hof eine Bezirksversammlung statt. Als Referent war Kollege Lohse aus Würzburg erschienen. Er besprach im 1. Punkt der Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im roten Sandsteingebiet, und welche Aufgaben fallen uns zu, dieselben zu bessern. Er legte den Anwesenden an der Hand eines reichhaltigen Materials klar, wie gerade die Steinarbeiter des Maintals unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben. Daß die Löhne kolossal heruntergegangen sind, beweist der Jahresbericht des königl. Gewerbeinspektors für Unterfranken und Aschaffenburg. Danach war das Jahr 1905 das günstigste seit den Krisenjahren 1900 bis 1903. Die Zahl der Abwanderungen seit dem Jahre 1906 ist enorm gestiegen. Im Jahre 1906 waren im Regierungsbezirk Unterfranken 5220 Steinarbeiter beschäftigt und im Jahre 1908 waren es nur noch 4300. Im Muschelkalkgebiet waren keine Abwanderungen zu verzeichnen, es käme also hier nur das rote und weiße Sandsteingebiet in Betracht. Im weiteren Punkt: Wahl der Bezirksleitung, wurde Fechenbach als Vorort und Kollege Joseph Ringenbed als Bezirksleiter wiedergewählt. Es wurde sodann von einigen Kollegen angeregt, über solche Bezirksversammlungen abzusprechen: Als Ort der nächsten Konferenz würde Würzburg bestimmt. Im Punkt Beschriebenes behandelte zunächst Genosse Schumann die Gesundheitsverhältnisse der Steinarbeiter. Er wies hier klipp und klar nach, daß gerade der rote Mainsandstein der gefährlichste aller Steinforten ist.

Kronach. In diesem Jahre ist hier am Orte in den Sandsteinbetrieben reichlich Arbeitsgelegenheit. Da die Gewinnung des Rohsteins, infolge seines geringen Abraums, die eigentliche Produktion der Steinmetz- und Bildhauerarbeiten wegen seiner leichten Bearbeitungsweise im bruchfertigen Zustande sehr billig kommt, vermag kein andres Produkt den Stein zu verdrängen. Infolge dieser günstigen Stellung, die die hiesige Sandsteinindustrie einnimmt, sollte man annehmen, die Lohnverhältnisse seien einigermaßen erträgliche. Nichts von dem. In mehreren bürgerlichen Zeitungen des Maintals suchen einige Firmen Steinmetzen bei hohen Löhnen nach hier. Diese Inserate entsprechen nicht der Wahrheit. Die in Süddeutschland existierenden besonders niedrigen Löhne existieren auch hier, sind vielleicht noch um einiges geringer als anderswo. Ein Beweis dafür ist, daß zugereifte Kollegen nach ganz kurzer Arbeitsdauer den Ort wieder verlassen, weil sie ihren Verpflichtungen nur sehr schwer nachkommen konnten. Der Arbeitslohn wird willkürlich von den Firmen festgesetzt. Besonders hierin leistet die Firma Hugel Witwe. Vor kurzem wurden die Löhne bei letzterer Firma ganz erheblich, bei einigen Arbeiten sogar um 30 Prozent, gekürzt. Eine Kommission wurde vorstellig und der alte Preis wieder hergestellt. Ein älterer Kollege, den man im Verdacht hatte, der Anstifter zu sein, aber bei der ganzen Differenz nicht beteiligt war, wurde mitsamt seinem Sohne entlassen. Arbeitsmangel wurde als Entlassungsgrund angegeben, trotzdem man noch einige Tage zuvor Leute eingestellt hat. In dem Betriebe wird auch fortgesetzt die Arbeitszeit überschritten. Wir machen hiermit die Gewerbeinspektion auf diese Übertretungen aufmerksam, damit die zuständige Polizeibehörde angewiesen wird, den Betrieb zu kontrollieren. Auch sonst sind Mißstände über Mißstände vorhanden; nimmt die Behörde eine genaue Kontrolle vor, so wird sie dieselben selbst entdecken. Allen unsern Mitgliedern raten wir dringend, wenn sie auf Grund der Inserate nach hier kommen wollen, sich vorher bei der zuständigen Gauleitung in Würzburg zu melden, wenn sie sich vor persönlichem Schaden schützen wollen.

Kürnberg. Der stete Hinweis auf die Wichtigkeit der Statistik hat leider den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Einige Kollegen gehen noch mit einer Gleichgültigkeit darüber hinweg, was nicht scharf genug kritisiert werden kann. An der Statistik beteiligten sich 56 Steinmetzen und 2 Brecher. Die 56 Steinmetzen haben einen Gesamtverdienst von 43 289,67 Mark oder einen Durchschnittsjahresverdienst von 773,03 Mark. Die zwei Brecher haben einen Gesamtverdienst von 1356,45 Mark oder einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 678,22 Mark. Das Durchschnittsalter beträgt bei den Steinmetzen 30 Jahre 1 Monat und 12 Tage, bei den Brechern 33 Jahre. Durchschnittlich in der Steinindustrie beschäftigt sind die Steinmetzen 221 Tage, die Brecher 208 Tage. Auch die Arbeitslosigkeit macht sich in unserer Zahlstelle immer mehr bemerkbar. Arbeitslos bis zu 1 Woche war 1 Kollege, von 1—2 Wochen 6, von 2 bis 3 Wochen 1, von 3—4 Wochen 4, von 4—5 Wochen 4, von 5—6 Wochen 6, von 6—7 Wochen 1, von 7—8 Wochen 1, von 8—9 Wochen 3, von 9—10 Wochen 2, von 10—11 Wochen 2, von 11—12 Wochen 1 und von 12 bis zu 19 Wochen 4 Kollegen. Kranl wurden in diesem Berichtsjahre 13 Kollegen. Die Art der Krankheit war bei 6 Steinmetzen Hals- und Lungenleiden, bei 1 Rheumatismus, bei 5 Verletzungen im Beruf und bei 3 sonstigen Krankheiten. In 32 Fällen genügte das „hohe“ Einkommen der hiesigen Steinarbeiter nicht, die Familie in genügender Maße zu ernähren, so daß die Frau mit zum Lebensunterhalt beitragen muß.

Dörsenbürg. Unsere ordentliche Mitgliederversammlung am 12. September war, der Mitgliederzahl entsprechend, nicht gut besucht. Es wurde dies auch gerügt. Auf den 26. September wurde wieder eine Versammlung anberaumt, um wichtige Sachen zu erledigen. Es handelt sich hauptsächlich darum, daß die Beiträge einfließen werden, bezw. das Unterklassensystem auszubauen. Die Abrechnung vom Mühlbacher Streik wurde vom Kollegen Kauter bekanntgegeben. Derselbe kostete 5027.56 M. Weiter gab Kauter einige Erläuterungen in puncto Statistik. Die Schilderung der Zustände auf den Werplätzen ergab, daß die Bundesratsverordnung immer noch sehr mangelhaft durchgeführt ist. Kritisiert wurde die oberflächliche Revision der Gewerbeinspektionsbeamten. Eine Beitragserhöhung von 45 auf 48 Pfg. wurde vorgenommen, um die Extrabehälter, die sehr schwer zu bekommen sind, abzuschaffen. Für Neuzug und Schweden wurden 5 Mark bewilligt.

Witten (Ruhr). Schon einmal berichteten wir im Fachblatt über die Mißstände im Steinbruchbetrieb der Firma Krümer an der Wetterstraße. Besonders ist es der Bruchmeister Schlitt, der zu schweren Klagen Anlaß gibt. In der verflochtenen Woche trug sich folgender Fall zu. Der italienische Steinbrucharbeiter Saverio S. hatte ordnungsgemäß gekündigt und wollte nun sein sauer verdientes Geld von dem Bruchmeister Schlitt. Anstatt Geld wurde der italienische Kollege von dem Sch. mit einem Holzseil zu Boden geschlagen und mußte Aufnahme im Krankenhaus in Witten finden. Der Polizeibehörde machte Schlitt die Angabe, der italienische Arbeiter habe ihn bedroht und deshalb habe er denselben wie ein wildes Tier zusammengehauen. Zeugen des Vorfalles waren leider keine dabei, denn der Bruchmeister hat die neue Auszahlungsmethode in seiner Bude vorgenommen. Da in dem Betriebe circa 80 italienische Steinbrucharbeiter arbeiten, so ist die Erregung über die schwere Gewalttat unter denselben eine starke. Leider sind momentan die Organisationsverhältnisse nicht so günstig, um dem Schlitt das gefährliche Treiben zu legen. (?) Am 14. September fand eine Besprechung der Kollegen von den Steinbrüchern an der Wetterstraße statt, wozu auch der Gauleiter Herrmann erschienen war. Derselbe nahm Veranlassung, den Fall Schlitt kontra Saverio eingehend zu behandeln. Leider sei dies nicht der erste Fall in dem Betriebe, schon öfter habe Schlitt die italienischen Kollegen mißhandelt. Im verflochtenen Jahre habe er einen Pferdebesitzer derart über den Kopf geschlagen, daß der arme Junge ohnmächtig zusammenbrach. Mit einer Kommission sei er damals bei dem Schlitt gewesen; derselbe versprach, es solle nicht mehr vorkommen, und nun komme es immer schlimmer. Von einer Arbeitsniederlegung verspreche er sich momentan keinen Erfolg. Dieser Fall sollte aber allen Kollegen ein Ansporn sein, nicht zu ruhen, bis der letzte Kollege in dem Betriebe organisiert sei. (Lebhafte Beifall.) Nach einer lebhaften Diskussion wurde beschlossen, daß Gauleiter Herrmann dem italienischen Generalkonsul von dem Treiben des Bruchmeisters Schlitt Kenntnis geben sollte. Vielleicht sei von da Abhilfe zu erwarten. Auch die Firma Krümer, die ihren Sitz in Essen hat, wird benachrichtigt. Nach einem wirkungsvollen Schlusswort des Gauleiters wurde die Besprechung geschlossen. Hoffen wir, daß bald alle deutschen und italienischen Kollegen von der Wetterstraße den Weg zum Verbandsfinden.

Weißer Sklaven in der Ziegeleiindustrie.

Von einem nach modernen Begriffen freien Arbeitsvertrage kann man wohl nicht mehr sprechen, wenn man sich die Arbeitsbedingungen und -Verträge der Ziegeleiarbeiter in Bergedorf ansieht. Die Arbeiter werden durch schikanöse Verträge und Maßnahmen für die Dauer der Kampagne an die Arbeitgeber verkauft, daß ein Entinnen unmöglich ist. Daß die Arbeitszeit eine überaus lange und der Lohn ein geringer ist, braucht nicht näher betont werden. Von dem verdienten Lohn werden aber nur 6 Mark wöchentlich ausbezahlt. Auf den übrigen Lohn haben die Arbeiter erst nach Schluß der Kampagne Anspruch. Aber auch diese 6 Mark werden den Arbeitern noch nicht in bar ausbezahlt, sondern die von dem Meister entnommenen Waren, wie Wurst, Speck, Bier u. a. m., in Abzug gebracht, die von dem Meister aus purer „Menschenfreundlichkeit“ zum „Selbstkostenpreise“ abgegeben werden. Erwähnen wollen wir nur den knapp zweifingerbreiten Bauchspeck zum Preise von 85 Pfg. pro Pfund. Da den Arbeitern aber nur 6 Mark pro Woche ausbezahlt werden und, wie bereits bemerkt, hiervon noch das Geld für bezogene Waren in Abzug gebracht wird, bleibt ihnen nicht so viel übrig, um die Waren anderswo beziehen zu können. Für Verköstigung wird den Arbeitern 2.10 Mark wöchentlich in Abzug gebracht; dafür erhalten sie an „Kost“ morgens und nachmittags schwarze Kaffeebrühe, mittags einen Teller Erbsensuppe und abends sogenannten Milchreis. An Sonntagen erhalten die Arbeiter zu Mittag Pellkartoffeln ohne irgendwelche Zutat. Fleisch erhalten die Arbeiter überhaupt nicht. Die verabfolgten Speisen sind nicht nur von recht zweifelhafter Qualität, sondern werden auch noch in so geringer Quantität verabfolgt, daß an Sättigen nicht zu denken ist. Nicht besser, eher noch schlechter, sind die Wohn- und Schlafraumverhältnisse. Außen wie innen alles Elend! Die Betten, allem Anschein nach aus alten Abfallresten notdürftig zusammengeschlagen, standen in den Schlafräumen dicht gedrängt nebeneinander. Diese Betten müssen aber obendrein noch von zwei Arbeitern geteilt werden. Einzelbetten kennt die Firma nicht. So werden aus den Knochen der Arbeiter Miefenprofile herausgeschunden zum Nutzen einer Handvoll Aktionäre, denen es gleichgültig ist, wie sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Sklaven gestalten. Hier kann nur der eiserne Besen der Organisation den Unrat, der sich massenweise anhäuft, auslesen, wenn nur ein bißchen Menschlichkeitsgefühl diesen Arbeitern noch geblieben ist.

Ein mutiger Richter.

Zu gewaltiger Entrüstung aller Kapitalsdiener und Hohepriester des Profits hat eine Aeußerung Anlaß gegeben, die der als juristischer Hilfsarbeiter beim hannoverschen Magistrat tätige Gerichtsassessor Dr. Warmbold in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts getan hat. Bei der Verhandlung hat Dr. Warmbold u. a. gesagt: Es ist dem Gericht bekannt, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen sind, die nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen. Mit diesen Worten, so wahr sie auch sind, hat Dr. Warmbold natürlich in ein Wespennest gestochen. Zunächst haben die Zununehmende einmütig Protest dagegen erhoben, ebenso hat der Fabrikantenverein sich gegen diese Aeußerung verwahrt, kurz von allen Seiten will man dem „roten Assessor“ zu Leibe rücken. Die große Erregung erklärt sich besonders daraus, daß während des Klempererstreiks, um den es sich bei der Lage handelte, viele Meistersöhne, die sich zum Teil von auswärts den hannoverschen Meistern zur Verfügung gestellt hatten, beschäftigt gewesen sind, und weil auch von den Stellen eine Anzahl nicht mitgerechnet ist. Eine von den Innungsvorständen gewählte Deputation trat in der Angelegenheit eine Konferenz mit dem Stadtdirektor Dr. Mann, an der auch Assessor Dr. Warmbold teilnahm. Der letztere hat inzwischen in einer öffentlichen Erklärung versichert, daß er jene Aeußerung nicht allgemein über Streikbrecher, sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht habe. Es handelt sich, sagte Dr. Warmbold, um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch

auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen. Damit hat Herr Warmbold seine Meinung so unanfechtbar genau und nachweislich formuliert, daß ihm kein Richterlicht des Kapitals das Gegenteil beweisen kann und daß nebenbei für die geliebten Meistersöhne, die Streikbrecher, auch noch genug übrig bleibt. Da aber nach einem alten, bekannten Gebot in Deutschland jeder Flügel haben muß, der die Wahrheit sagt, ist es schon möglich, daß die kapitalistische Gesellschaft dem Mann das Fliegen lernt. Aber — vielleicht fliegt er dann wohin, wo er den Herrschaften noch unangenehmere Wahrheiten sagen kann.

Rundschau.

Einen neuen Beamtenstab hat unsere „Konkurrenzorganisation“, der Keramarbeiterverband. Die Mitgliederzahl, einschließlich der Vorstellern, beträgt etwa 5500, eingeweihte wollen wissen, daß es nicht so viele sind. Das Verbändchen hat aber sage und schreibe 9 (neun) Beamte. Wenn da die Verwaltungskosten ins unermeßliche steigen, soll das wundernehmen?

Die Sprache gefunden. Die „Keram- und Steinbrucharbeiterzeitung“ schreibt unterm 18. September: „Noch zu keiner Zeit wurde eine so verabschämungswürdige Kampfweise geführt, die alle Schranken der Moral durchbricht, (!) wie das jetzt von seiten der Sozialdemokratie — der Fall ist. — Bezüglich der Angriffe gegen den Kollegen K o r r können wir dem „Fachsagen“ die dicksten Unwahrheiten nachweisen.“

Die Moral hat doch der zweite Vorsitzende des christlichen Steinbrucharbeiterverbandes, Herr Korr, durchbrochen, indem er mit der Frau seines Freundes geschlechtlich verkehrte. Warum entrüßte sich das Blättchen nicht über den Ehebruch. — Herr Korr scheint uns also weiter erhalten zu werden. Für die Agitation kann uns das nur sehr erwünscht sein. Die letzten Wochen haben den christlichen Gewerkschaften wenig Angenehmes gebracht. Herr Schäd hat Schiffbruch gelitten, Hannes Wolf ist entlarvt und Herr Korr hat mit seiner Liebesaffäre ebenfalls eine sehr bedenkliche Rolle gespielt.

Ultramontane Gotteslästerung. Der Merikale „Tiroler Volksbote“ veröffentlichte vor kurzem folgenden Appell an die Arbeiter:

Mein lieber Arbeiter, dein eigentlicher Arbeitgeber ist nicht ein Fabrikherr, sondern der liebe Gott, du mußt also ihm zuliebe jede Arbeit verrichten. Gott ist auch der eigentliche Zahler, der Fabrikherr ist nur der Unterbeamte Gottes. Der irdische Lohn ist nur Anschlagzahlung, die Hauptsumme steht bei Gott in Kredit; den eigentlichen, ewigen, herrlichen Lohn hebt Gott fürs ewige Leben auf. Bei dieser Würde wird jede Rechnung dir leicht, jede Arbeit süß und trotz Plage das Herz des Arbeiters voll Zufriedenheit. Denn er fühlt sich, da er für Gott arbeitet, reicher als alle reichsten Fürstentümer und weiß, daß er nur scheinbar schlecht gestellt ist.

Das ist einmal eine klare Darlegung der ultramontanen Sozialpolitik. Sie ist nicht bloß Beschwindelung der Arbeiter im Interesse der Reichen, sondern auch Gotteslästerung, indem sie Gott die Rolle zuteilt, die der Ausbeuter als seiner Beamten gegen die Arbeiter zu bedienen, diesen Plagen auszuwerfen, aber den Fürstentümern das herrlichste irdische Leben zu bereiten. Wenn man diese Grundzüge der ultramontanen Sozialpolitik kennt, wird es freilich begreiflich, daß sich die deutsche Regierung und der Papst mit den christlichen Gewerkschaften zum Schutze der „Unterbeamten Gottes“ gegen die Sozialdemokratie verbündet haben.

Eine halbe Million für die Schweden. Der über eine Million Mitglieder zählende internationale Metallarbeiterbund beschloß Montag vormittags (20. September) in einer außerordentlichen Vertreterversammlung in Berlin, beim im Kampfe befindlichen Eisen- und Metallarbeiterverbände in Schweden 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen und die Durchführung weiterer Mittel durch Aufrufe an die angeschlossenen Landesverbände zu veranlassen.

Für die abgebrannten Kollegen in Neuzug

gingen bis inkl. 18. September 1909 folgende Gelder ein:

In Nr. 38 bereits quittiert	1637.50 M.
Von den Kollegen des Jannowitz Schuppens	10.—
Regensburg (Gaulasse)	30.—
Wenig-Radwiz	27.20
Seebach	10.—
Ziegelanger	6.—
Himbach	5.—
Chemnitz, durch Rudolph	16.—
Wiesbaden	10.—
Leonbronn	2.50
Summa	1754.20 M.

Die Sammlung ist hiermit geschlossen. Allen Kollegen und Zahlstellen, die sich daran beteiligt haben, sagen wir im Namen der Neuzuger Kollegen herzlichsten Dank. Der Zentralvorstand.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 13. bis mit 18. September 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Lützen, B. 2.70.	Wittingen, B. 16.15.	Dittelsdorf, B. 7.15.
Greifswald, B. 5.50.	Crimmitschau, B. 4.70.	Jeyer, B. 4.50.
Nordendorf, B. 4.25.	Jauer, B. 3.30.	Weihenstadt, B. 3.84.98.
E. 15.—, K. 10.—, M. 0.90.	Neuhans, B. 126.—.	Neustadt a. S., B. 31.50.
München, B. 128.80.	K. 0.20.	Lützenbach, B. 29.90.
K. 0.10.	Kiel, B. 400.20.	K. 1.30.
Spooß, B. 46.—.	Chrißdorf, B. 29.40.	K. 0.60.
Dürheim, B. 420.—.	Demitz, B. 210.—.	K. 20.
Ziegelanger, B. 128.10.	E. 6.50.	K. 3.50.
Göttingen, B. 138.—.	Gosha, B. 92.—.	Perdecke, B. 46.—.
K. 1.—.	Wenig-Radwiz, B. 460.—.	Neustrelitz, B. 5.50.
Remgo, B. 3.70.	Kreuzburg, B. 2.55.	Arnstadt, B. 5.—.
Eisleben, B. 5.10.	Niechen, B. 3.60.	Albainville, B. 9.67.
Schmölln, B. 5.50.	Verden, B. 11.10.	Wertheisdorf, Ins. 2.40.
Wolfschlag, B. 105.—.	Porta, B. 38.—.	E. 0.50.
K. 0.50.	Gosmannsdorf, B. 92.—.	Köln I, B. 477.48.
E. 10.—.	Munkirchen, B. 114.—.	K. 6.—.
Veusha, B. 920.—.	Seußen, B. 420.—.	E. 5.—, K. 20.—.
Hameln, Ins. 2.85.	Rotenburg (S.), B. 3.80.	Schwarzberg, B. 536.—.
K. 20.—.	(Seuß), B. 3.90.	Wunsiedel, B. 208.74.
Serbach, B. 126.—.	E. 7.50.	Haffersrode, B. 184.—.
Brück, B. 228.—.	Marienburg, B. 4.40.	Kontz, B. 4.95.
Leipzig (St.), B. 30.—.	Neuenstein, B. 84.—.	Reichenbach, B. 420.—.
Stuttgart, B. 168.—.		

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beuthen (Oberschlesien). Der Steinmetz Paul Hensler möchte sofort seine Adresse einsehen. P. Glumlied. Dresden. Auf der hiesigen Zentralversammlung ist dem Kollegen Adolf Klose sein Verbandsbuch nebst Reisekarte abhandeln gekommen. Vor Mißbrauch der Legitimationspapiere wird gewarnt. Die Ortsverwaltung. Heilbronn a. N. Der Kollege Jos. Hofmann aus Mindelheim hat seine Brieftasche mit Papieren und Briefschaften hier beim Kassierer Fr. Hägele, Neuherre Weinsberger Straße, liegen

lassen. Er mag zwecks Zustellung seine Adresse an Obigen einfügen.

Wesfelburg. In Nr. 37 des Steinbrucharbeiter ersuchte ich den Kollegen Johann Koppenhöfer, seinen Pflichten gegenüber der Ortsgruppe nachzukommen. Er berichtet an mich, die in Frage kommenden Beiträge an den Kollegen Peter Frank bezahlt zu haben. Frank hielt es nicht für nötig, dieses Geld an mich abzuliefern. Ich erjuche den Kollegen Frank, sofort seine Adresse an mich gelangen zu lassen, da ich ihm noch andere wichtige Angelegenheiten mitzuteilen habe. Albin Kirchhübel, Vertrauensmann.

Sauffen a. Neckar. Wilh. Hürle, geb. am 5. April 1882 in Sauffen (Württemberg), wird gebeten, wegen Erkrankung seines Vaters nach Hause zu kommen.

Karl Kraft, Rathausgasse 1.

Semsbad. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Joseph Kain, geb. am 9. April 1873 in Retten, zu geben. Es handelt sich um eine sehr wichtige Sache. Friedrich Weidenhammer, Vorsitzender.

Karlsruhe. Der Kollege Joseph Adelmann, geboren am 22. Januar 1891 in Kreuznach, ließ sich am 25. August d. Js. unrechtmäßig 3 M. Reiseunterstützung auszahlen. Er wird hiermit aufgefordert, die zuviel erhaltenen 1.50 M. sofort an den Kassierer Heinrich Buchholz, Karlsruhe (Baden), Weidenstraße 38, Hof, zurückzugeben. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Adresse des Genannten einzufinden.

Adressen-Änderungen.

Büdingen. Die Adresse der Gauleitung ist ab 1. Oktober: M. Lohse, Rückertstraße 7, III. 1. Ober-Dorla. Vor.: Friedr. Kleinschmidt, Nr. 242 K. Kass.: Karl Ackermann, Im Zipsel Nr. 160, r. Gießenheim. Kass.: Thomas Küger, Gießenheim bei Karlsruhe a. N. Doriprozellen. Kass.: Emil Krebs.

Briefkasten.

Dortmund. Die beiden Vogtländer Kollegen hätten ja auch bis Amsterdam fahren können, um dann das Verlangen zu stellen; sie wollten von der Dortmunder Zahlstelle das Jahrgeld haben. Das heißt das: vor dem Streik waren die beiden schon eingestell! Nach unserer Meinung mußten die zwei nach dem Streik an den Vertrauensmann in D. schreiben, der hätte ihnen schon reinen Wein eingeschmeckt. Nur nicht zu viel Sentimentalität. — D. Deine Statistik wird, wenn sie umgearbeitet ist, veröffentlicht. Bei solchen Arbeiten muß das Gehirn schon etwas anstrengt werden. Warum die großen Summen angeben, was sämtliche Arbeiter verdienen? Es ist kurz und bündig zu schreiben: der Durchschnittslohn pro Arbeiter betrug im Jahr 1174.75 M. Auch die übrige Ziffernguppierung ist recht oberflächlich. — Frankfurt, N. Die Bensheimer Genossen haben in einem Antrage an den Leipziger Parteitag die Arentsche Stenographie als Volkstenographie bezeichnet. Das ist eine große Ueberhebung. Schließlich bringt Erzberger noch eine Zentrumsstenographie in Empfehlung. Besten Gruß! — Lahz; W. Wir lehnen die „ergänzenden“ Bemerkungen zum veröffentlichten Bericht ab. Deine Zuschrift enthält so viele detaillierte Angaben, daß uns sofort von der anderen Seite eine „Richtigstellung“ zugehen würde. Daß der veröffentlichte Bericht nicht ganz objektiv war, wurde uns vom Kollegen Dr. bestätigt; aber Deine Mitteilung ist auch recht einseitig. Wenn also der Bericht nicht im Note war, so ist das in der nächsten Versammlung mit dem Schriftführer zu regeln. — Königs-hain. Die Aufforderung würde ja völlig zwecklos sein. Es muß eben so mehr Schwung in die Zahlstelle gebracht werden.

Einige Artikel u. Berichte mußten zurückgestellt werden.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr

Allgemeine Kontrolle der Mitgliedsbücher

in folgenden Lokalen: **Verbandsbureau**, Seydelstr. 30; **Faber**, Stephanstr. 11; **Doye**, Müllerstr. 33a, Eingang Amsterdamer Straße; **Bruer**, Badstr. 10a; **Hönisch**, Wickerstr. 3; **Rasemann**, Friedenstr. 100; **Schwantes**, Frankfurter Allee 181; **Kuber**, Kottbuser Ufer 82; **Thiedke**, Hagelsberger Straße 23; **Meizdorf**, Charlottenstraße, Potsdamer Straße 44; **Bergemann**, Rixdorf, Goethestraße 7; **Gross**, Schöneberg, Sedanstraße 17; **Potschies**, Wilmersdorf, Paretz Str. 2; **Contant**, Weissensee, Seher Straße 5.

Sämtliche Kollegen, Granit, Kunststein, Marmor- und Sandsteinarbeiter, sind verpflichtet, ihre Mitgliedsbücher während der angegebenen Zeit in einem der obigen Lokale zur Kontrolle vorzulegen und falls sie Abonnenten des Vorwärts oder Volksvereinsmitglieder sind, auch hierfür Legitimationen mitzubringen. Treueste Pflichterfüllung aller Kollegen erwartet Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, sowie für die mir überreichte Unterstützung sage ich auf diesem Wege allen meinen innigsten Dank. Potsdam. Witwe Marie Muhs.

Gestorben.

In Berlin am 16. September der Kollege Adam Knecht, 33 Jahre alt, an der Veruskrankheit. In Solmbach am 17. September der Kollege August Stapel, 41 Jahre alt, an der Veruskrankheit. In Langelsheim am 16. Septbr. der Kollege Friedrich Gronemann, 50 Jahre alt, an der Veruskrankheit. In Leipzig am 12. September der Kollege Robert Martin Lippold, 32 Jahre alt, an der Veruskrankheit. In Köbau am 13. September der Kollege Franz Woturka, 57 Jahre alt, an Rippenfellentzündung. In Mühlendorf (Zahlstelle Pirna) am 13. September der Kollege Gustav Simant, 33 Jahre alt, an der Veruskrankheit. In Potsdam am 11. September der Kollege Karl Muhs, 39 Jahre alt, an Lungenbrand. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Steinarbeiter und die badischen Landtagswahlen.

Die badische Arbeiterschaft steht vor einer wichtigen Entscheidung. Am 21. Oktober finden die Wahlen zur Zweiten badischen Kammer statt. Seltener und in geringem Maße hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse zu gewinnen.

Wenn auch den süddeutschen Bundesstaaten der Ruf fortschrittlicher Gesinnung vorausgeht, so sind sie doch noch weit entfernt von einer durchgreifenden arbeiterfreundlichen Politik. Dies gilt besonders von dem einstigen „Liberalen Musterlande“ Baden. Wie weit Regierung und bürgerliche Parteien entfernt sind, diese Bezeichnung zu verdienen, zeigt ihr Verhalten während der letzten Landtagsperiode zur Genüge. Nur allein die Sozialdemokratie stand in Baden jederzeit auf dem Posten, wenn es galt, rücksichtslos die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Die badische Regierung neigt immer mehr dem preußisch-reaktionären Geist zu, wie wir dies am „Fall Schäufele“ gesehen haben. Der Former Max Schäufele war 20 Jahre in der Hauptbahnbauverwaltung beschäftigt. Als er zum sozialdemokratischen Stadtverordneten von Karlsruhe gewählt worden war, eröffnete ihm das Ministerium, daß ihm gekündigt werde, wenn er nicht alsbald seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei vollziehe. Das war eine offenkundige Verletzung der Verfassung, die allen Badenern gleiche staatsbürgerliche Rechte garantiert. Ähnlich lag der „Fall Röhle“. Der Mannheimer Lehrer Röhle hatte auf dem deutschen Schullehrertag Ausführungen über badische Schulzustände gemacht, die zwar nicht schmeichelhaft für die badische Regierung, aber voll und ganz wahrheitsgetreu waren. Dieser Gewissenszwang muß auf das schärfste verurteilt werden.

Der kommende Landtag steht vor hochwichtigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, deren Lösung im Interesse der Arbeiterschaft nur erfolgen kann, wenn eine Landtagsmehrheit geschaffen wird, die nicht nur die Regierung vorwärts treibt, sondern ihr auch das Rückgrat stützt gegenüber preußischen reaktionären Einmischungsversuchen in innere Angelegenheiten.

Gleich bedeutungsvoll ist für die Arbeiterschaft die ebenfalls der Landesgesetzgebung unterstehende Fabrikinspektion. In dieser Frage haben wir als Steinarbeiter ein spezielles Interesse. Der badischen Fabrikinspektion steht unbestreitbar der Ruf der bestgeeignetsten Institution dieser Art zur Seite. Dies kann aber nicht verhindern, daß sie zu den unvollkommensten ausgebautesten im Reiche gehört. Die badische Industrie hat sich im Laufe der letzten Jahre riesenhaft entwickelt, während die Fabrikinspektion fast auf dem alten Stand verharret. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf einen Beamten der Fabrikinspektion 553 Betriebe und 12 058 Arbeiter. In Baden dagegen 1009 Betriebe und 23 454 Arbeiter. Von 100 Betrieben wurden im Reichsdurchschnitt revidiert 51, in Baden nur 35; von 100 Arbeitern im Reich 79, in Baden 58. Daß bei dieser unzulänglichen Revisionsstätigkeit die Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze eine sehr mangelhafte ist, kann nicht weiter wunder nehmen. Erklärlich wird unter diesen Umständen auch die bedauerliche Tatsache, daß die Sektion II der Steinbruchsberufsgenossenschaft, zu der Baden gehört, die höchste Unfallziffer zu verzeichnen hat. Auf 1000 Vollarbeiter kommen 20 entfallende Unfälle, im Reichsdurchschnitt nur 14. Die ungewöhnlich hohe Unfallziffer in Baden ist zweifellos in der ungenügenden Kontrolle der Steinbrüche zu suchen. Erklärt doch der Bericht der Fabrikinspektion selbst, daß die Unternehmer ohne behördlichen Zwang nicht an den Vollzug der Arbeiterschutzgesetze herantreten. Wo aber Aufsicht und Kontrolle so ungenügend ist, fehlt der behördliche Zwang und Zustände werden hervorgerufen, wie sie leider in Baden trotz 7jähriger Bestehen der Bundesratsverordnung noch zu verzeichnen sind. Ähnlich ist es um die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften bestellt. Es wird deshalb Aufgabe des zukünftigen Landtags sein, durch Vermehrung des Aufsichtspersonals die Fabrikinspektion in die Lage zu versetzen, den durch die Entwicklung der Industrie bedingten gesteigerten Ansprüchen gerecht zu werden. Vor allem muß der Forderung auf Anstellung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen Rechnung getragen werden, die besonders in den Steinbrüchen von großem Nutzen sein werden. Ein besserer Ausbau der Fabrikinspektion würde die Arbeiterschaft auch der oft recht gefährlichen Notwendigkeit entheben, die Polizeibehörden bei Verstößen gegen die Arbeiterschutzgesetze in Anspruch zu nehmen, deren Beamte es mit der Geheimhaltung der Namen nicht immer so genau nehmen, wie wir in Freiburg gesehen haben.

Im vergangenen Landtag wurde scharf kritisiert, daß trotz enormer Arbeitslosigkeit bei Staatsbauten unverhältnismäßig viel Ausländer beschäftigt wurden. Die Regierung jagte zwar Abhilfe zu, geändert hat sich trotz zunehmender Arbeitslosigkeit an diesem Zustand wenig. Mit Rücksicht auf die zunehmende Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse wäre eine gerechtere Berücksichtigung der Wünsche der einheimischen Arbeiterschaft dringend zu erhoffen. Energisch muß vor allem der Versuch mancher Firmen zurückgewiesen werden, Ausländer als Lohnbrücker heranzuziehen.

Ein ernstes Wort muß mit der Regierung betreffs der Eisenbahnpolitik gesprochen werden. Die famose Tarifreform hat die Badenfer um das beliebte Kilometerheft und die Eisenbahnverwaltung zu Millionen Einnahmeverluste gebracht. Sie war weiter nichts als der erste Schritt zur Verpreufung und Aufhebung der Selbständigkeit der badischen Eisenbahnen.

Wünschenswert ist ferner ein Ausbau des Eisenbahnnetzes und Beseitigung des Systems der Privatbahnen. Die Steindustrie in vielen Gegenden leidet unter ungünstigen Verkehrsverhältnissen. In verschiedenen Stellen schmiedet man schon jahrzehntelang Projekte, ohne über die Abfederungsarbeiten hinauszukommen. Eine Beschleunigung der Ausführung der geplanten Bahnen wäre ein dringendes Bedürfnis nicht nur allein für die Steindustrie.

Die Fragen, die den kommenden Landtag beschäftigen werden, sind von denen wir nur die wichtigsten anführen, sind also bedeutungsvoll genug, um die Arbeiterschaft zu veranlassen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit Abgeordnete gewählt werden, die den Willen und aber auch den Mut besitzen, der Regierung gegenüber diese Fragen zum Nutzen der Arbeiterschaft zu lösen.

Welch unsichere Kantonisten die Nationalliberalen sind, haben sie in Baden so gut wie im Reiche bewiesen, und auch bei uns ihrem Beinamen „Fraktion Drehscheibe“ schon alle Ehre gemacht. Jahrzehntlang waren sie das Hindernis für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die blasse Furcht vor der Sozialdemokratie verleitet sie zu immer weiterer Rechtschwenkung und Anlehnung an die reaktionärsten Elemente. Ja, zu Beginn dieses Jahres brachte es der neugewählte Chef der nationalliberalen Partei fertig, dem deutschen Volke die Fähigkeit parlamentarischer Betätigung abzuspüren und die Regierung in Schutz zu nehmen wegen ihres Verhaltens gegenüber dem Lehrer Röhle, bedauerte sogar deren Langmut. Daß diese Partei nicht geeignet ist, proletarische Interessen zu vertreten, bedarf keiner besonderen Betonung.

Wenn es ernst mit dem Bestreben ist, im badischen Landtag einer Politik die Wege zu ebnen, wie sie im Interesse der ärmeren und arbeitenden Bevölkerung erforderlich ist, wer verhindern will, daß der Volksverrat des Zentrums auf Baden übertragen wird, der gebe am 21. Oktober seine Stimme für die Sozialdemokratie ab. Sie bietet durch ihre bisherige Vertretung der Arbeiterinteressen und durch ihre programmatischen Forderungen die besten Garantien, daß uns Enttäuschungen wie im Reichstag erspart bleiben. Das beherzige am Wahltag auch jeder Steinarbeiter.

Die Hamburger Aussperrung

oder

welche Lehre ziehen die Steinarbeiter daraus?

Mitte Mai dieses Jahres wurde von den Baugewaltigen des Vierstädtebundes die Drohung ausgesprochen, daß, wenn die Betonarbeiter bis zum Juni die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen, sämtliche Bauarbeiter des Vierstädtebundes ausgesperrt werden sollten. Desgleichen sollten die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter auf alle Forderungen verzichtet. Die Betonarbeiter waren ausständig geworden, da man ihnen während des schlechten Geschäftsganges 10 Pfg. pro Stunde abgezogen hatte. Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erhoben Forderungen, da ihre Tarife abgelaufen waren. Der Gewaltakt sollte aber nicht nur die direkt Beteiligten treffen, sondern auch die Spezialberufe sollten das gleiche Schicksal teilen. Im Unternehmerlager kalkulierten man vielleicht, daß in diesem Falle die anderen Arbeitnehmerorganisationen auf die Beteiligten einwirken würden und dadurch ein leichter Sieg davongetragen würde. Erfreulicherweise wurden aber von keinem Verband Schritte zur Verzichtleistung auf die engagierten Verbände unternommen. Nicht einmal von den Steinarbeitern, die im vergangenen Jahre gezwungen wurden, ihre Lohnbewegung abzubrechen, damit dieselbe Drohung der Unternehmer nicht schon im vorigen Jahre zum Austrag gebracht würde. Von seiten der Unternehmer war der Feldzugsplan genau festgelegt, erst sollten die direkt Beteiligten, dann die in Mitleidenschaft Gezogenen entlassen werden. Nebenbei sollten den Meistern, die nicht aussperrten wollten, die Materialien entzogen werden. Genau zur festgesetzten Zeit wurden an den Bauten der Verbandsmeister die Mitglieder der drei Hauptberufe entlassen. Zum Erstaunen auch die Viehlinge der Unternehmer, die 400 Mitglieder zählende „freie“ Vereinigung der Maurer usw. Drei Tage später folgten die anderen Berufe, auch solche, welche feste Verträge hatten, u. a. wir als Steinarbeiter. Von einem Mitlingen des Plans konnte man schon reden, da die Maler- und Tischlerinnung dem Befehl, auszusperrn, nicht folgten. An einer Anzahl Bauten konnte weitergearbeitet werden, so daß die Gewalt nur halb zur Anwendung kam, die Steinarbeiter mußten natürlich die eiserne Faust ihrer Unternehmer ohne jegliche Milde spüren. Sämtliche Steinmehrer und Marmorarbeiter wurden entlassen, trotz des bestehenden Vertrages. Stellte man sich doch seitens der Unternehmer auf den Standpunkt, daß ihr Vorgehen kein Vertragsbruch sein könnte. (1) Nicht genug, daß den Baugewaltigen die finanzielle Macht zur Verfügung stand, bemühten sich auch sämtliche Behörden, ihnen ihre Gunst zu

erweisen. Bei den Steinarbeitern erledigte sich die Angelegenheit in aller Kürze, zwei Drittel der am Ort vorhandenen Kollegen reisten sofort ab. Wenn man von einigen kleinen Verstößen absteht, kann man gestehen, daß die Steinarbeiter gewöhnt sind, für ihre Ueberzeugung zu kämpfen. Die in den Grabsteingefächten beschäftigten Kollegen zeigten ihre Solidarität, indem sofort eine wöchentliche Extratarife erhoben wurde. Auch die Kollegen in Kiel unterstützten finanziell durch einen einmaligen Beitrag die Aussperrten. Während des Kampfes wurde plötzlich, nachdem die Arbeiter nicht zu Kreuze trafen, die Taktik der Unternehmer geändert, in allen bürgerlichen Zeitungen wurde der Ausschuß des 20. Jahrhunderts als Arbeitswillige gesucht, das Häufchen ist aber glücklicherweise klein geblieben. (Die weitere Schilderung über den Verlauf des Kampfes haben wir gefürchten, unsere Leser sind über die Aussperrung selbst durch einen umfangreichen Artikel, welcher im „Steinarbeiter“ stand, unterrichtet. Redaktion.)

Fassen wir nun alles zusammen, so gilt für uns die Lehre, uns nicht mehr in kleinen Gruppen zu zersplittern und zu bekämpfen, sondern Zusammenschluß und Einigung zu schaffen. Dies gilt vor allen Dingen für die Zahlstellen Hamburgs. Leider war es im vergangenen Jahre nicht möglich, die beiden Zahlstellen zu vereinigen. Führt man sich vor Augen, was durch solche Verhältnisse für Kräfte vergeudet werden, so müßte in aller Kürze ein Zusammenschluß herbeigeführt werden. Bei der letzten Aussperrung mußten trotz der wenigen Mitglieder zwei Aussperrungskommissionen vorhanden sein, das Streikmaterial und die Streikgelder mußten zweimal expediert werden, Geldausgaben in zwei Abteilungen, Verhandlungen eines Verbandes an einem Ort doppelt. Allein diese Gründe müßten schon genügen, sobald als möglich eine Verschmelzung herbeizuführen. Weiter hat uns der Fall gezeigt, daß sich die gewerkschaftlichen Kämpfe verschärfen. Die einzelnen Unternehmerverbände werden ganz ausgeschaltet. Nur ein über das ganze verbreiterte Verband diktiert. Im vergangenen Jahre wurden die Arbeiter der streikenden Steinarbeiter von Maurern ausgeführt, als alles nichts half, mußten die 150 Steinarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, um 1000 Bauarbeiter nicht arbeitslos zu machen. In diesem Jahre gerade das Gegenteil. Ein Industrieverband würde alle diese Mängel von der Hand weisen. Eine weitere Notwendigkeit ist die, mehr Aufmerksamkeit in die Masse zu tragen. Auch muß jeder Arbeiter selbst versuchen, die gesellschaftlichen Einrichtungen der Gegenwart zu verstehen. Mit Recht kann gesagt werden, nur der kann ein Uebel bekämpfen, der seine Ursachen kennt. Auch gilt für alle Arbeiter in ihrer Organisationsform das Annehmen eines größeren Fonds für alle Eventualitäten. Im vergangenen Kampfe waren die Verbände imstande, alle Unterstützung in gesamtter Höhe ohne besondere Sammlungen durchzuführen, bei größeren Kämpfen muß natürlich mehr da sein. H. Sch.

Braucht der 2. Gau einen besoldeten Gauleiter?

In Nr. 34 des „Steinarbeiter“ ließ Kollege Müller-Striegau einen Artikel erscheinen mit der gewichtigen Ueberschrift: *Reuepunkte*. Was die Firmierung besagt, aber im Artikel nicht voll zum Ausdruck gekommen. Müller beglückwünschte die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für seinen Bezirk folgendermaßen:

1. Der Gau sei sehr groß, der zweitgrößte im Verband.
2. Der jetzige Gauleiter, der im Hauptamt Angestellter der Zahlstelle Striegau sei, sei überlastet.
3. Hunderte von Mitgliedern können noch gewonnen werden.
4. Das Lausitzer Granitgebiet soll zum 2. Gau geschlagen werden. (Steht mit 1. im Widerspruch. Redaktion.)
5. Der Dresdener Gauleiter soll in Leipzig sesshaft gemacht werden.

Die Redaktion will nun in aller Kürze auf vorstehende Punkte eingehen, aber vorweg sei erklärt, daß uns eine Anstellung recht untunlich erscheint. Zunächst sei festgestellt, daß sich die Striegauer lange weigerten, die Gauleitung zu übernehmen. Der Zentralvorstand mußte den Vorort nach Bunzlau legen; dort wurde auch sofort eine Gauleitung gebildet. Als erster Gauleiter fungierte Kollege Schlichter, ihm folgte Kollege Hoffe. Als Vize Vorkammler in Striegau wurde, wurde auch die Gauleitung nach dort verlegt. Diese Verlegung hatte die Bunzlauer Kollegen, weil sie um ihre Meinung nicht gefragt wurden, ziemlich verärgert, — das eine aber war zum mindesten damals richtig, die Gauleitung kam in den Mittelpunkt eines großen Steinindustriebezirks. Und wirklich, Striegau ist für einen Gauvorort sehr geeignet.

Unsre Einwendungen zu den Müller'schen Thesen lauten folgendermaßen:

Zu 1. Gewiß ist die territoriale Ausdehnung des Gaues sehr groß, aber die Steinbruchgebiete beschränken sich auf bestimmte abgegrenzte Bezirke. Die hohe Mitgliederzahl des 2. Gaues kann die Anstellung einer besoldeten Kraft noch nicht rechtfertigen. Der Gaubezirk zählt bloß 22 Zahlstellen mit 2638 Mitgliedern. Auf eine Zahlstelle trifft eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 119. Schon daraus geht hervor, daß

Vom Kastengeist einer amerikanischen Gewerkschaft.

Im „Elyser“ (Nr. 38) stand nachstehender interessanter Artikel:

Schöne Worte, allerdings vom Standpunkt eines modernen Arbeiterführers betrachtet auch selbstverständliche Worte äußerte der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften in einem Vortrage, den er kürzlich den Berliner Arbeitern hielt. Er sagte unter anderem:

„Jeder, der als Einwanderer nach Amerika kommt und sich als Mitglied einer Gewerkschaft legitimieren kann, wird in unsere Gewerkschaft aufgenommen. In jedem Einwanderer, der nicht unsere Lage verschlechtern will, sondern bereit ist, mit uns für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken, sehen wir unsern Bruder.“

Ob diese Ausführungen Samuel Gompers' der Wahrheit entsprechen, darüber ist seit diesem Ausspruch — der die Frage wieder aktuell gemacht hat — recht viel Tinte und Druckschwärze verwendet worden. Untersuchen wir nun auf Grund des uns vorliegenden von einem transatlantischen Kollegen zur Verfügung gestellten Materials diesen Ausspruch auf seine Richtigkeit. Wir können wohl ruhig annehmen, daß der zu schildernde Einzelfall für die amerikanischen Zustände typisch ist, denn wir erinnern uns noch sehr gut der Ausführungen des Metallarbeiters Chagrin, der jenseits des großen Teiches ähnliche Erfahrungen machte wie unser Kollege, und sie seinerzeit in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht hat.

Unser Kollege, der gelernter Ofenseher ist, ging vor zirka drei Jahren nach St. Louis in Amerika, um sich dort durch An-

sehen von Fliesen ein weiteres Fortkommen zu suchen. Ein treuer, opfermütiger und begeisterter Anhänger unserer modernen proletarischen Grundsätze, gehört er noch heute unserm Verbande an. Selbstverständlich war ihm auch daran gelegen, Mitglied der American Federation of Labor zu werden. Aber so sehr er sich auch Mühe gab, es gelang ihm nicht, die Mitgliedschaft bei dieser Organisation zu erwerben. Erst in neuerer Zeit ist es ihm gelungen, und das hatte er auch nur einem bloßen Zufall zu verdanken.

Unser Freund schreibt uns, daß es das Hauptprinzip der Unions in St. Louis sei, so wenig Mitglieder aufzunehmen als nur irgend möglich. Denn je weniger Mitglieder, desto mehr Arbeit für jeden Unionsmann. Arbeiter, die der Union nicht angehören, sind außerstande, irgendwie dauernde Arbeit zu erhalten. Kein Meister in St. Louis untersteht sich, einen Unionsarbeiter einzustellen. Denn es würde mit diesem doch niemand arbeiten, nicht nur die Kollegen der eignen Branche, auch die Mitglieder anderer Gewerkschaften würden den Bau verlassen.

Nun werfen ja allerdings auch hin und wieder Bauten von Nichtunionsleuten ausgeführt, unser Freund versichert uns aber, daß das nur äußerst selten vorkomme. So hatte er denn eine völlig unzureichende Existenz und ging deshalb bereits ernstlich mit dem Plan um, den „gaslichen“ Gefilden Amerikas oder zumindest St. Louis wieder den Rücken zu kehren. Da kam ihm der Zufall zu Hilfe.

Vor ca. 4 Monaten bekam er nämlich Arbeit in einem Baugeschäft, und zwar aus dem Grunde, weil der Unternehmer keinen Fliesenleger von der Union gebrauchen konnte, weil ihm keiner die Arbeit zur Zufriedenheit machte. Es handelte sich nämlich um eine neue Art Zementfliesen, die nur sehr schwer zu behauen sind, was aber unser Kollege als gelernter Ofen-

leger unter Zuhilfenahme von Hammer und Meißel fertigbrachte.

Bei seiner Arbeit aber hatten ihn die Unionsleute sehr bald aufgespürt. Sie nahmen unsern Freund in ein strenges Verhör, wie er dazu komme, als Unionsmitglied zu arbeiten. Unser Kollege erklärte sich nach wie vor freudig bereit, Unionsmann zu werden.

Ja, das ging aber nicht so rasch. Drei Versammlungen mußte der Kollege besuchen, um jedesmal — abgewiesen zu werden. Er erhielt schließlich den kategorischen Bescheid, daß er nicht aufgenommen werden könne und die Arbeit auf dem Bau niederzulegen habe. Die Gründe der Nichtaufnahme wurden nicht mitgeteilt. Hätte nun der Unternehmer unsern Kollegen durch einen andern ebenso geschickten Arbeiter ersetzen können, dann hätte unser Freund unweigerlich das Feld räumen müssen. Er konnte es aber nicht und hegte noch außerdem Sympathien für den Kollegen, dessen Geschicklichkeit er schätzen gelernt hatte. Er richtete es nunmehr so ein, daß der Kollege immer auf dem Bau allein arbeitete. So konnten denn die Unionsmänner nichts austrichten und sahen sich endlich gezwungen, in den lauren Apfel zu beißen und unsern Kollegen in ihren Geheimbund aufzunehmen. Geheimbund? Ja. Doch davon weiter unten.

So ist nun unser Kollege mit Ach und Krach Mitglied der Union der Fliesenleger St. Louis geworden. Beiläufig wollen wir noch berichten, daß er ein Eintrittsgeld von 100 Dollar zahlen muß. Auf, denn 25 Dollar hatte er erst entrichtet bei Abfassung seiner Zeilen an uns. Dem in der amerikanischen Münzrechnung weniger Eingeweihten wollen wir noch vermelden, daß 100 Dollar nach deutschem Gelde circa 420 Mark sind.

In der schlesischen Steinindustrie die Großkapitalisten tonangebend sind. Und wir sagen rund heraus, in größeren Betrieben ist im allgemeinen die Agitation leichter zu betreiben, als wenn nur Zwergebetriebe zu bearbeiten sind. — Der niederschlesische Sandsteinbezirk ist seit zehn Jahren innerlich schon so gefestigt, daß dort ohne besondere Kraft alles in bester Weise seine Erledigung findet. Den dortigen Kollegen ist eben der Organisationsgedanke in Fleisch und Blut übergegangen. Die Zugereiften haben sich eben zu fügen. Die 6 Zahlstellen der Granitbranche haben zusammen 1876 Mitglieder. Im Durchschnitt trifft auf eine Granitzahlstelle eine Mitgliederzahl von 312. In diesen Riesenzahlen ist doch die Verbearbeit leichter als in solchen, wo bloß 12, 15 oder 20 Mitglieder vorhanden sind. Wir sagen ohne Einschränkung, in einem Gaubezirk, der bloß 22 Zahlstellen zählt, kann die Gauleitung auch in ehrenamtlicher Weise mit Erfolg geführt werden.

Zu 2. Kollege Müller schildert die Ueberlastung des Lokalbeamten mit folgenden Worten:

Aber dieser Beamte ist nicht bloß noch nebenbei Gauleiter, sondern verwaltet auch noch die Zahlstelle der Schmiede, und obenrein noch die viel Arbeit verursachende Rechtsauskunftstelle. Nun stelle man sich vor, Vorstehender, Kassierer der Zahlstelle, Gauleiter und Kassierer des Gau, Verwalter der Schmiede und Rechtsauskunftstelle, nebenbei noch ein bißchen für die Partei tätig sein müssen, denn man will doch auch Sozialdemokrat sein, na, sag Liebchen, was willst du noch mehr?

Nun, da müssen wir schon betonen, daß die Zahlstelle Striegau, die etwa 1000 Mitglieder zählt, mit der Arbeitskraft ihres Angestellten Raubbau treibt. In Striegau gibt es Kollegen genug, die den Posten eines Zahlstellenvorstehenden, eines Gauleiters usw. völlig ausfüllen können. Offen gestanden, wir halten es nicht einmal aus taktischen Gründen für richtig, daß eine Person so viele Posten verwaltet. Ja, wir sind sogar der Meinung, daß dort, wo so viele Ämter in einer Person vereinigt sind, die Arbeitsfreudigkeit der tüchtigen jüngeren Kollegen leidet. Tritt dann ein Kollege, welcher so viele Ämter aufgebürdet erhält, von seinen Posten ab, so wird sein Amtsnachfolger sofort über Arbeitsüberhäufung klagen. Und mit vollem Recht. — Wir wollen doch Verwaltungspersonen heranziehen, die erfolgreich für den Verband zu arbeiten in der Lage sind, wenn aber 6—7 Posten in einer Hand vereinigt sind, dann können sonst ganz tüchtige Kollegen nur äußerst selten hoch kommen. Es war deshalb sehr richtig, daß die Striegauer Versammlung, die am 1. September tagte, beschloß: „daß die Geschäfte der Zahlstelle von denen der Gauleitung streng zu trennen sind“. Ganz unsere Meinung.

Zu 3. Gewiß können im 2. Gau noch Mitglieder gewonnen werden; aber zuerst muß die Frage mit den niedrigeren Beiträgen für die Hilfsarbeiter gelöst sein. Und wenn der Gauleiter mit Engelszungen reden könnte, so ist es ihm jetzt nicht möglich, diese Kategorie von Arbeitern unserm Verband zuzuführen zu können. Viele denken, wenn ein besoldeter Gauleiter hinausgeht, dann kämen die Indifferenten schon scharenweise herbei. Seit der Anstellung der Gauleiter ist die Mitgliederzahl im Gesamtverband nicht gestiegen worden, das liegt natürlich zum Teil in wirtschaftlichen Gründen. Aber gefagt sei es schon, daß dann, wenn wir solche Anstellungen nicht vorgenommen hätten, überall der Ruf gleich einem Donnerhall ertönen würde: „Die Stagnation ist deshalb, weil uns die besoldeten Agitatoren fehlen.“ Unverständlich ist es, wenn im schon angezogenen Versammlungsbericht gefagt wird, einige größere Zahlstellen gehen zugrunde, wenn dieser oder jener Kollege seine Ämter niederlegt. Wir kennen diese Zahlstellen, auf die die Anspielung zielt, in ihrem inneren Kern ebenfalls. Aber die Anspielung ist eine groteske Uebertreibung! Wenn man zu solchen Vermutungen kommen kann, so nur deshalb, weil es allerdings einige Kollegen gibt, die denken, wenn sie nicht allein alles machen können, dann läuft die Karre nicht mehr. — Ein Kollege „ganz gleich in welchem Umfange“ ist unerlässlich. Wenn in größeren Zahlstellen es zureichend sein soll, daß mit der Amtsniederlegung eines tüchtigen Funktionärs die Organisation fallen soll, was sollte dann erst da werden in Orten mit unter 20 Mitgliedern? Die beiden Zahlstellen, auf die im Striegauer Bericht angespielt ist, zählen zusammen über 500 Mitglieder und in jedem Orte sind zum mindesten schon 20—30 sehr aufklärende Referate gehalten worden. An einer zugkräftigen Agitation hat es dort also bisher sicherlich nicht gefehlt. Wir schreiben das nicht vom grünen Tisch aus, gerade im 2. Gau kennen wir die einzelnen Distrikte sehr genau. — Aber Kollege Müller muß bei seiner Artikelabfassung mit einer sehr bestaunten Brille gearbeitet haben, denn sein Plaidoyer klingt recht nach Sentimentalität. — In einem Schreiben vom 16. März 1909 wird an den Zentralvorstand berichtet, daß in Schlesien durch große Mitgliederversammlungen keine Mitglieder mehr gewonnen werden können. Es wird fleißige Hausagitation empfohlen. Diese aber leistet ein besoldeter Gauleiter nicht. Arrangieren aber kann eine solche auch die Gauleitung, welche ehrenamtlich verwaltet wird. — Nun wird gefagt, die Christlichen setzten nach Schweidnitz einen Angestellten. Dieser Prophet kann unter den Steinarbeitern wahrhaftig keine große Fingerschar um sich sammeln. In allen größeren Bezirken Schlesiens haben wir uns eingeinstet, die Christlichen können uns dort nicht gefährlich werden. Wo sind denn die Erfolge der Hirsch-Dunderschen seit 15 Jahren im Schirninger Bezirk geblieben? Die Hirsche vegetieren mit etlichen Mitgliedern dahin, aber wir können nicht dekretieren, ihr habt euer Zahlstellen aufzulösen. Die christlichen Agitatoren haben in den Gauen Mannheim, Würzburg, Regensburg und besonders Köln allerdings einen andern Resonanzboden. Und nicht zu vergessen, unsere Agitatoren sind gelernte Steinarbeiter, das spricht doch ganz anders an, als wenn ein Schuster, Schneider, Lebzelter oder Metzger — berufsmäßig die Steinarbeiter agitatorisch bearbeiten soll. Und die Christlichen sowie die Hirsch-Dunderschen haben nur Agitatoren dieser Couleur.

Also 420 Mark Eintrittsgeld. Und weil unser Freund erst 25 Dollar entrichten konnte, wird er immer noch nicht als vollwertig angesehen. Er darf einer Versammlung nicht eher beiwohnen, bis er die 100 Dollar Eintrittsgeld auf Heller und Pfennig erlegt hat. Bei einer der letzten Versammlungen hat man ihn noch besonders „brüderlich“ behandelt. Er und noch zwei andre Arbeiter, die um ihre Aufnahme nachsuchten, hatten es gewagt, in einem Vorraum, der zum „Allerheiligsten“, dem Versammlungsraum, führt, des hohen Entschweißes der Versammlung zu harren. Ob dieser Dreistigkeit wurden sie mehr energisch als höflich an die frische Luft befördert.

Und wie sieht es denn nun im Versammlungsraum selbst aus, dem „Allerheiligsten“, wo hinter verschlossenen Türen beraten und beschlossen wird? Eine Versammlung selbst hat unser Freund aus den schon angeführten Gründen noch nicht mitmachen können, er kann nur berichten von gedämpfem Kadav, der bisher durch mehrfach verschlossene Türen sein profanes Ohr erreicht hat. Aber den Versammlungsraum selbst kann er uns beschreiben.

Nachdem man zwei Räume, die sorgfältig hinter dem Besucher wieder abgeschlossen werden, passiert hat, betritt man das „Allerheiligste“. Ein großes rechtwinkliges Viereck. An jeder Wandseite ein großer Lehnstuhl, vor jedem dieser Stühle ein kleines Tischchen. Hier nehmen die „Oberen“ Platz, um von hier aus die Versammlung zu leiten. Die Stühle der „gemeinen“ Mitglieder stehen im Längsreihe des Saales. Tischchen gibt es nicht. Auch Bier wird nicht verschänkt. Niemand außer den Mitgliedern hat Zutritt. Als feststehendes und einziges Inventar fallen noch auf riesige Spundnäpfe von der ungefähren Höhe eines halben Meters mit entsprechendem Durchmesser. Diese

Diesentgen Kollegen, die im Striegauer Gau noch zu haben sind, gewinnen wir auch, wenn der Gauleiter bloß ehrenamtlich fungiert. Bald hätten wir eines vergessen zu betonen. Es wird sicherlich eingeworfen werden, wenn die Geschichte ehrenamtlich gemacht werden soll, dann fehlt es dem Gauleiter an Zeit. (Selbstverständlich wird dem ehrenamtlichen Gauleitungsfunktionär jeder entsetzende Lohnausfall vergütet. Geht er auf Agitation, so rechnet er seine Diätenfähe an.) Wir haben aber schon betont, der 2. Gau hat bloß 22 Filialen, und Neugründungen kommen groß nicht mehr in Frage. Und in Striegau sind redogewandte Kollegen in genügender Zahl vorhanden, welche in die Gauleitung entsandt werden können. Der Gauvorstand braucht also allerdings die Referate nicht allein zu bestreiten. Aber wenn ein Funktionär 6—7 Posten inne hat, dann verschwinden die übrigen tüchtigen Kollegen vollends im Schatten. — Im niederschlesischen Sandsteinbezirk hat man die lobenswerte Einrichtung getroffen, einen Bezirksobmann zu wählen, und das hat sich famos bewährt. Vielleicht geht man auch in anderen Gauen dazu über, solche Institutionen zu schaffen. Das Sprichwort: Ich dulde keinen andern Gott neben mir, soll bei uns keine Gültigkeit haben.

Zu 4. Das Lausitzer Granitgebiet soll zum Striegauer Gau gelegt werden. Was ist die weitere Konsequenz? Der Vorort müßte dann mindestens nach Görlitz verlegt werden, denn sonst hätte ja die Angliederung keinen Zweck. Jetzt liegt der Vorort in einem Gebiet, in welchem etwa 2000 Steinarbeiter beschäftigt sind. Wenn der Gauleiter jetzt aus seinem Bureau kommt, schiebt er Schritt für Schritt auf einen Berufscollegen; ist der „Besoldete“ in Görlitz stationiert, so hat er dann respectable Bahnstrecken zurückzulegen, bis er überhaupt wieder einmal — Kollegen sieht. Die Abtrennung des Lausitzer Distrikts vom Dresden Gau kommt uns so vor, als wenn irgend ein Mann schon einen ergiebigen Brunnen besitzt, aber sein Trachten geht dahin, noch ein zweiten zu bestigen. Diesen zweiten Brunnen kann er aber nur dann erwerben, wenn er sich verpflichtet, daß er sich von beiden etwa 25 Stunden entfernt dauernd niederläßt. Der gute Mann, welcher zwei unerhöpliche Quellen besitzt, kann Grund seiner Abmachung getroffen verurteilen. Ein elenderes Stückwerk könnten wir uns nicht vorstellen, als eine Abgrenzung des 2. Gaus nach dem Vorschlag Müllers. — Zu den sehr günstig gelegenen Gauvororten können gezählt werden Dresden, Leipzig, Mannheim und insbesondere Striegau und Regensburg. Viel ungünstiger liegen die Vororte Köln und Nürnberg. Nun hat ja Müller von einer Verlegung des Vorortes nichts geschrieben, aber im Falle der Zuteilung des Lausitzer Gebietes zum 2. Gau wäre das die unbedingte Konsequenz.

Zu 5. Müller schlägt vor, der Dresdner Gauleiter soll seine Behausung in Leipzig aufschlagen, und begründet dies damit, daß im Elbsandsteingebiet schon zwei Lokalbeamte vorhanden sind, ein weiterer sei in dem Ort angestellt worden. Wo bleibt die Logik? Müller sagt ja sehr zutreffend, in Striegau kann der Lokalbeamte den Gauleiterposten nicht mehr wegen Ueberbürdung weiterführen. Für andre Orte aber (Demitz und Pirna) scheint er die bisher in Striegau geübte Praxis für richtig zu halten. — Der Vorort Leipzig oder Beucha ist für eine unbesoldete Gauleitung sehr geeignet, soll der Bezirk aber von einem „besoldeten“ dirigiert werden, so wäre Leipzig als Vorort ungeeignet.

Der Leser wird denken, nam, der Artikelschreiber muß bei der Widerlegung des Punktes 5 geistig nicht mehr normal gewesen sein! Aber die Sache steht doch praktisch so. Kommt ein „Besoldeter“ nach Leipzig, dann muß ja der Gau ganz anders abgegrenzt werden, das Elbsandstein- und das Erzgebirge müßten zum Leipziger Gau geschlagen werden. Jetzt ist Beucha, welches etwa drei Stunden von Leipzig entfernt liegt, als Vorort sehr geeignet, anders würde es, wenn die beiden vorhin genannten Gebiete noch hinzukämen. Was hätte man erreicht mit dem „Auftrag“? Die Einteilung des Gaus Striegau und Leipzig wäre total versaut. In Leipzig sitzen überdies schon die fünf Angestellten des Gesamtverbandes. Und wenn es die jetzige Gauleitung wünscht, dann hält dann und wann ein Zentralvorstandsmitglied im Gau auch eine Versammlung ab. Wenn der Leipziger Gau nach dem Vorschlag Müllers vergrößert, oder besser gefagt vergrößert werden soll, so käme uns das so vor, als wenn man mit Reppelins Luftschiff nach dem Nordpol fahren wollte, ein Bilet über den Mond nehmen würde, weil das der nächste Weg sein sollte.

Aus den dargelegten Gründen halten wir die Anstellung eines besoldeten Gauleiters nicht für notwendig. Hoffentlich prüfen unsere Kollegen im 2. Gau vorstehende Auslassung mit größter Objektivität.

Sechste Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Dritter Verhandlungstag.

In der Sitzung vom Mittwoch wurde zunächst ein Brief der schwedischen Landeszentrale verlesen, worin sie das Fernbleiben eines Vertreters mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Generalstreik entschuldigt. Weiter wird den Arbeitern der verschiedenen Länder der Dank für ihre bisherige Unterstützung ausgesprochen und um weitere Unterstützung gebeten. Dies ist ja bereits zu Beginn der Konferenz zugefagt worden.

Zur Behandlung kommt der vierte Punkt der Tagesordnung: Der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter in Preußen. Legien hat hierzu die verschiedenen Erlasse der preussischen Regierung gesammelt und diese in Druck vorgelegt. In seiner Rede gibt Legien zunächst eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung dieser Angelegenheit. Er weist darauf hin, daß sich die Maßnahmen der Regierung nur gegen die Arbeiter richten. Aus kulturellen Gründen müsse gegen das Vorgehen

merkwürdigen Inventarstücke stehen in Abständen von 3 bis 4 Metern im Raume umher. Und ununterbrochen spritzen die Sitzenden ihren braunen Schweiß nach diesen Riesennäpfen, einer mit mehr, der andre mit weniger Geschick, so daß sich bald in den Näpfen sowohl als auch deren näherer Umgebung eine glitschige, klebrige, funkle Speichelmasse ansammelt. Das Tabakkauen ist während der Versammlung die einzige körperliche Übung der Anwesenden. Diesem Genuß frönt jeder, und er benutzt hierzu rohen Tabak.

Eine solche lächerliche Geheimtuererei muß jedenfalls deutsche Arbeiter merkwürdig anmuten. Doch sie mag in den Eigenarten des Landes ihre Erklärung finden. Aber wie paßt die Nahrungsmethode seitens dieser Arbeitervereinigungen Klassenbewußten Arbeitern gegenüber zu dem internationalen Solidaritätsgedanken der Arbeiter? Nach solchen Wahrnehmungen müssen wir denn doch wohl annehmen, daß der gute Compers — zu seinen Gunsten nehmen wir an unbewußt — den Berliner Arbeitern einen strammen Bären aufgebunden hat, als er an sie die eingangs zitierten Worte richtete. Unser Gewährsmann — und über seine Zuverlässigkeit kann ein Zweifel nicht aufkommen — stellt fest, daß es fremden Arbeitern eben nur in Fällen guter Konjunktur und auch dann nur in ganz beschränktem Maße möglich ist, in diesen Unions in St. Louis Aufnahme zu finden. Und alle diese Unions schimpfen sich international und sind der American Federation of Labor angegeschlossen. Was ihr Fehler ist: Sie stehen trotzdem auf dem Boden der Lokalorganisation und lassen ihre örtlichen Beschlüsse selbständig. Und da nutzt es bei der geschätzten Engberzigkeit der Mitglieder nichts, ob einer bereits 20 oder 30 Jahre seiner gewerkschaftlichen Organisation in Europa

der preussischen Regierung protestiert werden, nicht nur im Interesse der Ausländer, sondern auch im Interesse der preussischen Arbeiter. Durch den Legitimationszwang sollen die ausländischen Arbeiter rechtlos gemacht werden, damit sie im Interesse der Unternehmer als Streikbrecher wirken müssen. Das preussische Vorgehen widerspreche auch den internationalen Verträgen. Leider habe die preussische Arbeiterchaft keinen Einfluß auf die preussische Gesetzgebung. Dagegen ist im Reichstage die Frage zur Sprache gebracht worden und wurde dort ein entsprechender Antrag angenommen. Weiter hätten auch einzelne in Betracht kommende Länder Veranlassung genommen, auf ihre Regierungen einzuwirken, die preussische Regierung zur Zurücknahme ihrer Verfügung zu veranlassen. Es sei nun nötig, dahin zu wirken, daß auch in den Parlamenten anderer Staaten möglichst zur selben Zeit und in gleicher Weise die Frage behandelt würde. Falls die Konferenz diesem Vorschlag zustimme, könne man sich später über die Form einigen.

Rigola, der Vertreter Italiens, und Bergmans von Belgien stimmen dem zu, während die französischen Delegierten auch bei dieser Frage ihre Abneigung gegen den Parlamentarismus zum Ausdruck bringen. Auf Vorschlag der englischen Delegierten wurde dann folgender Vermittlungsvorschlag angenommen:

Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Ländern alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Abschaffung der Legitimationskarten herbeizuführen.

Der rumänische Delegierte wünscht bei dieser Gelegenheit eine Resolution gegen die Ausweisungstaktik der rumänischen Regierung zur Annahme zu bringen. Dem kann nicht entsprochen werden, da diese Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung steht und auch in der Diskussion nicht behandelt wurde.

Von Amerika liegt folgende Resolution vor:

Die Konferenz erklärt, daß es das Ziel der Arbeiterbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andre Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern; es ist die Pflicht der verantwortlichen Arbeitervertreter des in Frage kommenden Landes, den internationalen Sekretär zu informieren, daß er seinerseits sofort den Vertretern der Arbeiterchaft jedes Landes Mitteilung macht.

Da gemäß eines früheren Beschlusses hierüber nicht diskutiert werden kann, wird die Resolution zur Kenntnis genommen.

Nach einer kurzen Begründung durch den englischen Delegierten Appleton gelangt ein Antrag zur Annahme, worin die Handlungsweise derjenigen Arbeiter, die sich den Unternehmern stellen verbünden haben und dadurch in fremde Arbeitskämpfe eingreifen, verurteilt wird. Sie verurteilt ferner die Haltung derjenigen Arbeiter, die als Seelente engagiert wurden, aber bei Kämpfen die Arbeit von Doarbeitern ausführen. Die Konferenz begrüßt die Versuche der englischen Arbeiterpartei, die Anwendung des Prinzips der Foreign Enlistment Act (Gesetz betr. Anwerbung im Auslande) auch auf die Organisation von Streikbrechertransporten nach andern Ländern zu sichern.

Die Gewerkschaftszentrale Dänemarks hat folgenden Antrag gestellt:

Ist die Konferenz mit den dänischen Gewerkschaften darin einig, daß die gegenwärtigen, von der privatkapitalistischen Produktionsweise verursachten und von den Arbeitern so hart empfundenen äußerst schlechten ökonomischen Verhältnisse es als wünschenswert erscheinen lassen, daß das größte Gewicht auf die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit gelegt wird? — Und im bejahenden Falle: Willigt man, daß sich die dänischen Gewerkschaften darauf vorbereiten, Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit zu stellen, selbst mit der Gefahr vor Augen, daß die Durchführung dieser Forderung einen großen Kampf im Gefolge haben könnte? Und kann hierbei auf eine ökonomische Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften der übrigen Länder gerechnet werden?

Der Antrag wird von Madæen begründet, der auf die Wichtigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und auf die Anstrengungen hinweist, die bisher die dänischen Arbeiter gemacht haben, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Hueber weist darauf hin, daß es ohne ausreichende Kenntnis der Arbeitszeit in den einzelnen Ländern nicht möglich sei, über diese Frage in öffentlicher Sitzung zu entscheiden. Man möge die Frage dem internationalen Sekretär überweisen, der die nötigen Grundlagen herbeischaffen und dann die Angelegenheit den einzelnen Landeszentralen zu unterbreiten habe. Diesem Vorschlag stimmen auch die dänischen Delegierten zu und wird kementprechend beschlossen.

Belgien beantragt, baldigt eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Erwägung zu ziehen. Die Konferenz stimmt diesem Antrage zu.

Damit sind die der Konferenz vorliegenden Anträge erledigt. Von französischer Seite wird bemängelt, daß die im internationalen Bericht veröffentlichten Berichte der einzelnen Landeszentralen teilweise persönlich gehalten sind. Vor allem richten sich diese Vorwürfe gegen Spanien und die Niederlande, die Bemerkungen über die zerstörende Tätigkeit der Anarchisten gemacht haben. Dieser Beschwerde wird vom internationalen Sekretär und auch von den Vertretern der angegriffenen Länder scharf widersprochen.

Ein französischer Vorschlag, der das Studium des Esperanto als internationale Hilfssprache verlangt, wird als Wunsch zur Kenntnis genommen.

Als internationaler Sekretär wird Legien einstimmig wiedergewählt. Die nächste internationale Konferenz soll 1911 in Budapest stattfinden.

Es gelangt dann noch ein Schreiben des Pariser Deutschen Gewerkschaftsartells zur Verlesung, in dem gegen die von französischer Seite erhobenen Vorwürfe entschieden protestiert wird. Hierauf wird um 1 Uhr die Konferenz geschlossen.

angehört hat, er findet nur in ganz besonders günstigen Situationen Aufnahme und auch diese nur bei Erlangung eines rapid hohen Eintrittsgeldes. Unser Gewährsmann will das Vorstehende auch nicht von allen Gewerkschaften behaupten, fest steht aber, daß es Brauch ist bei der Hiesener Gewerkschaft in St. Louis und einigen andern Gewerkschaften. Bekannt aber ist ihm keine Union, in der Mitglieder europäischer Gewerkschaften ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes, wie es doch eigentlich sein müßte, aufgenommen werden. Unser Freund ist auch der Meinung, daß hieran etwas zu ändern auch nicht der Einfluß eines Compers vermag. Auch wenn es auf dessen Initiative hin eine internationale Konferenz beschließen würde! Viele Unions würden sich hieran gar nicht kehren. Sie hielten ihre Lokalbeschlüsse trotzdem hoch, und zwar im eigenen egoistischen Interesse.

Soweit von den Mitteilungen unfres Gewährsmannes. Wir sehen, daß es noch riesiger Arbeit und Aufklärung bedarf, um die amerikanischen Gewerkschaften zur internationalen Solidaritätsbetätigung zu erziehen. Daß ein ungeheuer erzieherischer Apparat in Bewegung gesetzt werden muß, um den Arbeitern jenseits des Ozeans beizubringen, daß sie stets in ihrem Arbeitsgenossen den Genossen und Bruder zu achten haben und stets bereit sein müssen, ihm zu seinem Fortkommen die Wege zu ebnen. Und daß sie sich nicht gleich einer zünftlerischen Kaste streng von der übrigen Arbeiterwelt absondern und nur ihren eigenen egoistischen Zielen nachstreben. Möge diese schmachvollen Zustände abzuändern die letzte internationale Konferenz den ersten nachdrücklichen Anstoß gegeben haben.